



Zeitgeschichte für Einsteiger

Lösungen und Unterrichtsanregungen

Die folgenden Texte basieren auf den Handreichungen zu denjenigen Arbeitsmappen, aus denen die Arbeitsblätter der vorliegenden Mappe entnommen wurden. Sie wurden von den Autoren der jeweiligen Arbeitsmappen erstellt: Robby Geyer (AB 02–AB 06, AB 08, AB 09, AB 12), Iris Möckel (AB 01 und 07), Eckart Thurich (AB 10, AB 11 und AB 13–29) und Hans Woidt, Dieter Grupp, Harald Schneider (AB 30–AB 36).

— **Zeichenerklärung:** ♀ steht für die weibliche Form des vorangehenden Begriffs, also z. B. „Bürger♀“ statt „Bürgerinnen und Bürger“ oder „BürgerInnen“.

AB 01 Quiz: Was weißt du?

Lösungswort: WIEDERVEREINIGUNG

— **Hinweis zu Frage 3:** Genaugenommen war zum Zeitpunkt des Mauerfalls, also am 9.11.1989, nicht Honecker Staatschef, sondern seit dem 17.10. Egon Krenz (für sieben Wochen).

AB 02 Arbeiten mit historischen Quellen (1)

Ziel dieser Aufgabe ist es, den Schülern♀ die Unterscheidung von Quellen nach Überrest und Tradition näher zu bringen.

Quellen können in Tradition oder Überrest entlang der Frage unterschieden werden, ob sie

- absichtlich (gezielte Überlieferungsabsicht) oder
- unabsichtlich (ungezielte Überlieferungsabsicht)

geschaffen wurden. Die Unterscheidung bezieht sich auf den Überlieferungszusammenhang von Quellen, die über dasselbe Ereignis oder dieselbe Tatsache berichten. Diese Unterscheidung darf nicht mit der Einteilung in Primär- und Sekundärquellen verwechselt werden. So bezieht sich eine Sekundärquelle auf eine Überlieferung aus einer älteren Quelle, die somit zur Primärquelle wird.

Das Beispiel Nr. 6 zeigt, dass die Zuordnung zu Tradition oder Überrest von der Intention des Verfassers♀ bzw. Produzenten♀ abhängt. Die Fotografie von der Eröffnung der Weimarer Nationalversammlung ist ein Überrest, wenn sie dazu diente, aktuell über die damaligen Geschehnisse zu berichten. Tradition wäre sie, wenn bewusst ein Foto gemacht wurde, um dieses Ereignis für die Nachwelt festzuhalten. Die Beispiele Nr. 1 und Nr. 12 können von Tradition zu Überresten werden, wenn sich die Untersuchungsperspektive ändert. Wenn untersucht wird, wie in den 1930er Jahren der Seekrieg im Ersten Weltkrieg beurteilt wurde, dann wird Beispiel Nr. 1 von einer Überrest-Quelle zu einer Tradition-Quelle. Gleiches gilt für Beispiel Nr. 12, wenn die Fragestellung lautet, wie in den ersten Jahren der Bundesrepublik die Weimarer Republik gesehen wurde.

➔ **Lösung:** Die richtige Einordnung der Beispiele sowie eine Erklärung finden sich im Lösungsteil zu AB 03.

AB 03 Arbeiten mit historischen Quellen (2)

— **Zu Aufgabe 1**

Diese Aufgabe soll verdeutlichen, welche Arten von Quellen es gibt und wie diese gruppiert werden können (in Klammern Quellenart bzw. Überrest/Tradition).

Lösung und Erklärung zu den einzelnen Beispielen:

- 1. Buch „Der Krieg zur See 1914–1918“ von Hermann Lorey; erschienen 1938** (schriftliche Quelle/Tradition)
 - Tradition, da Buch absichtlich (in forschender Absicht) über den Seekrieg während des Ersten Weltkriegs berichtet
 - als Buch (Literatur) eine schriftliche Quelle
- 2. Versailler Friedensvertrag** (schriftliche Quelle/Überrest)
 - Überrest, da Schriftstück, in dem die Ergebnisse der Friedensverhandlungen festgehalten wurden (z. B. Kriegsschuld, Reparationsleistungen), für die Kriegsparteien bestimmt
 - als Vertrag eine schriftliche Quelle
- 3. Ernennungsurkunde von Konrad Adenauer zum Bundeskanzler vom 15.09.1949** (schriftliche Quelle/Überrest)
 - Überrest, da Urkunde die Ernennung Adenauers dokumentiert
 - als amtliches Dokument eine schriftliche Quelle
- 4. 500 Mio.-Reichsmark-Briefmarke von 1923** (Sachquelle/Überrest)
 - Überrest, da gedruckt worden, um während der Inflation verwendet zu werden
 - Briefmarke als Alltagsgegenstand eine Sachquelle
- 5. Protestbrief von DDR-Künstlern♀ gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann aus der DDR** (schriftliche Quelle/Überrest)
 - Überrest, da sich Brief an die DDR-Führung richtete, um Protest gegen die Ausbürgerung auszudrücken
 - als Brief eine schriftliche Quelle
- 6. Fotografie von der Eröffnung der Nationalversammlung in Weimar vom 06.02.1919** (Bildquelle/Überrest oder Tradition)
 - Überrest, wenn es damals für die öffentliche Berichterstattung über die Weimarer Nationalversammlung bestimmt war
 - Tradition, wenn es absichtlich gemacht wurde, um für spätere Generationen ein Foto von der Nationalversammlung zu hinterlassen
 - als Fotografie eine Bildquelle
- 7. Zeitungsartikel über den „Schwarzen Freitag“ vom 25.10.1929** (schriftliche Quelle/Überrest)
 - Überrest, da sich der Zeitungsartikel als Teil der aktuellen Berichterstattung an die Bevölkerung der damaligen Zeit richtete
 - Zeitungsartikel als schriftliche Quelle
- 8. Offener Brief an Seine Majestät Wilhelm II., Deutscher Kaiser und König von Preußen** (schriftliche Quelle/Überrest)
 - Überrest, da Brief sich an den Kaiser richtete, um aktuelle Missstände anzuprangern
 - als Brief eine schriftliche Quelle
- 9. „Das Programm der Regierung“ (Rede von Reichskanzler Brüning im Reichstag am 16.10.1930)** (mündliche bzw. schriftliche Quelle/Überrest)
 - Überrest, da sich die Rede an die Abgeordneten im Reichstag und die damalige Bevölkerung richtete
 - als Rede mündliche, als Abschrift schriftliche Quelle
- 10. Marx-Engels-Denkmal in Berlin-Mitte (1984 – 1986)** (Sachquelle/Tradition)
 - Tradition, da als Denkmal längerfristig angelegt, um an Karl Marx und Friedrich Engels sowie deren politische Ideen (Marxismus) zu erinnern
 - als Denkmal (Bauwerk) eine Sachquelle

11. Titelbild des Spiegels vom 20.09.1982

(„Der Lotse geht von Bord“) (Bildquelle/Überrest)

- Überrest, weil es um die aktuelle Kommentierung der Abwahl Helmut Schmidts als Bundeskanzler ging
- als Zeichnung eine Bildquelle (kann auch als Karikatur gesehen werden, dann auch Bildquelle)

12. Buch „Bonn ist nicht Weimar“ von Fritz René Allemann; erschienen 1956 (schriftliche Quelle/Tradition)

- Tradition, da absichtlich die Weimarer Republik mit der jungen Bundesrepublik verglichen wurde
- als Buch (Literatur) eine schriftliche Quelle

13. Jugendweihe-Feiern in der Weimarer Republik und der DDR (abstrakte Quelle/Überrest)

- Überrest, da die Jugendweihe eine Feier für Jugendliche war
- als „Brauch“ eine abstrakte Quelle

14. Webseite „Chronik der Mauer“ (schriftliche Quelle/Tradition)

- Tradition, da absichtlich aufgebaut, um über die Geschichte der Berliner Mauer zu informieren
- als elektronisches Medium eine schriftliche Quelle, da textbasiert

15. Zeitzeugeninterviews mit jugendlichen Oppositionellen aus der DDR-Zeit (mündliche Quelle/Tradition)

- Tradition, da Interviews absichtlich und nachträglich geführt wurden, um über die Situation von jugendlichen Oppositionellen in der DDR zu berichten
- als Interviews eine mündliche Quelle

16. Statistik zu den Arbeitslosenzahlen 1921–1939

(schriftliche Quelle/Tradition)

- Tradition, weil eine nachträglich und absichtlich erstellte Statistik zu den Arbeitslosenzahlen
- als Statistik eine schriftliche Quelle

— Zu Aufgabe 2

In dg mit historischen Quellen. Wichtig

ist es zu vermitteln, dass im Einzelfall nicht jeder Aspekt beantwortet werden kann. Auch dann kann die Quelle für das historische Arbeiten herangezogen werden. Es muss dann jedoch deutlich gemacht werden, welche Fragen nicht beantwortet werden konnten, und die Deutung muss vorsichtiger formuliert werden.

Lösung (richtige Reihenfolge der Fragewörter):

Wer? — Wo? — Wann? — Wie? — Wem? — Was? — Warum?

AB 04 Quelleninterpretation am konkreten Beispiel

Die in AB 02 und AB 03 genannten Einteilungen sollen im AB 04 konkret angewendet werden. Die vorgeschlagene Vorgehensweise folgt dabei dem Dreischritt 1. Äußere Quellenkritik, 2. Innere Quellenkritik und 3. Quelleninterpretation.

Mögliche Antworten für eine idealtypische Quelleninterpretation:

A Äußere Quellenkritik

Wer? Leopold von Stutterheim; Adliger; Leutnant (= Offizier); diente im Braunschweiger Infanterieregiment 92

Wo? keine Ortsangabe bei Tagebucheintrag

Wann? 4. August 1914 (Tag des Aufrufs „An das deutsche Volk“ Kaiser Wilhelms II.)

Wie? Tagebucheintrag (schriftliche Quelle); Abschrift (veröffentlicht bei *Lebendiges Museum Online*)

B Innere Quellenkritik

Veröffentlichungsgrund: Stutterheim führt ein Tagebuch

Einschätzung über den Verfasser: als Soldat aktiver, freiwilliger Kriegsteilnehmer; überzeugt von den Zielen des deutschen Reichs; keine kritische Haltung zu Aussagen des Kaisers; Stutterheim als Kriegsbegeisterter; 20 Jahre alt (1914)

Einschätzung des Inhalts: Aufzeichnungen plausibel aus Sicht eines Soldaten, der freiwillig und überzeugt in den Krieg zieht

C Quelleninterpretation

Was? Deutschland und Österreich von Feinden umgeben; eigener Sieg ungewiss, aber Bewusstsein der eigenen Stärke; Kampf für Ehre und Freiheit des Deutschen Reichs; „germanische (deutsche) Weltmacht“ als höchste Macht (anderen Völkern überlegen); deutsche Kultur als höchste Kultur in der Welt; Bezugnahme auf Kriege 1864 (Deutsch-Dänischer Krieg), 1866 (Deutsch-Deutscher Krieg) und 1870/71 (Deutsch-Französischer Krieg)

Thema der Quelle: persönliche Einschätzung zu Beginn des Ersten Weltkriegs; Kriegsbegeisterung eines jungen deutschen Offiziers

Warum? Stutterheim schreibt seine Kriegsbegeisterung nieder; deckt sich mit dem Aufruf des Kaisers (deutsche Überlegenheit gegenüber anderen Staaten und Völkern; Deutsches Reich führt Krieg, um sich zu verteidigen), der zwei Tage später erscheint; zeigt kriegsbegeisterte Stimmung in einem Teil der Bevölkerung; Schuld für Ausbruch des Krieges wird anderen Staaten zugeschrieben (entspricht nicht der Wahrheit; auch Deutsches Reich trägt Mitschuld am Krieg; ursächlich sind Bündnisbildung, Wettrüsten, Imperialismus, innenpolitische Konflikte)

— Zusatzinformationen

- Tod Stutterheims am 22. August 1914 bei einem feindlichen Überfall (Ort: Roselies, Belgien)
- Braunschweiger Infanterieregiment 92: ursprünglich gegründet 1804; 1914 eingesetzt zur Grenzsicherung an der belgischen Grenze; bis 1918 verlieren über 4.800 Soldaten des Regiments ihr Leben
- Beginn der Kriegshandlungen am 2. August 1914 mit Einmarsch in Luxemburg und am 3./4. August in Belgien
- am 6. August 1914 Aufruf von Kaiser Wilhelm II. „An das deutsche Volk“ (Deutsches Reich als friedliebendes Land; von Feinden umzingelt, die Erfolg missgönnen; Unterstützung Österreichs; geht um deutsche Ehre)
- 1864: Deutsch-Dänischer Krieg zwischen Dänemark und dem Deutschen Bund um Schleswig-Holstein; Sieg des Deutschen Bundes (1. Einigungskrieg)
- 1866: Deutsch-Deutscher Krieg zwischen Preußen und Deutschem Bund unter Führung Österreichs; Niederlage Österreichs führt zur Auflösung des Deutschen Bundes; Preußen baut seine Vormachtstellung unter den deutschen Ländern aus (2. Einigungskrieg)
- 1870/71: Deutsch-Französischer Krieg zwischen Frankreich auf der einen und Preußen, dem Norddeutschen und dem Süddeutschen Bund auf der anderen Seite; endet mit Niederlage Frankreichs und der Ausrufung des Deutschen Kaiserreichs unter Kaiser Wilhelm I. (3. Einigungskrieg)

AB 05 Die historische Karikatur

Auch Karikaturen können als historische Quellen genutzt werden.

Jedoch vermitteln sie die eigentliche Botschaft oft nur indirekt.

Die Verwendung von Symbolen und versteckten Aussagen kann die Analyse für Schüler erschweren.

Richtige Zuordnung der Karikaturen:

1 Großbritannien: Britannia (weibliche Figur als Kriegerin mit Helm, Dreizack und Schild; gilt als Beschützerin Großbritanniens; zur Zeit der römischen Herrschaft als Göttin verehrt)

2 Deutschland: *Deutscher Michel* (nationale Personifizierung der Deutschen; markantestes Symbol ist die Zipfelmütze; seit dem 19. Jahrhundert in Karikaturen verwendet)

3 Russland: *Russischer Bär* (Bär steht für Russland als Tier, das dort häufig vorkommt; in Karikaturen oftmals in typischer russischer Kleidung als Bauer oder Grundbesitzer)

4 Australien: *Känguru* (steht für Australien als bekanntestes Tier des Landes)

5 USA: *Uncle Sam* (Figur, die für die USA steht; älterer hagerer Mann mit Bart, Frack und Zylinder in den amerikanischen Farben; Initialen U.S. stehen für United States; Entstehung 1812 während des britisch-amerikanischen Krieges; z. B. für Soldatenwerbung eingesetzt)

6 Frankreich: *Marianne* (Nationalsymbol Frankreichs seit der französischen Revolution; symbolisiert die Freiheit; trägt meist eine phrygische Mütze und das Decolleté frei)

AB 06 Zeigen Fotos immer die Wirklichkeit?

Fotografien erscheinen als glaubwürdige historische Dokumente. Sie zeigen in der Tat das, was abgelichtet wurde, jedoch besteht die Gefahr, dass Bilder gestellt oder nachträglich manipuliert wurden. Ziel ist zu vermitteln, wie wichtig der kritische Umgang mit Fotografien im Kontext historischen Arbeitens ist.

Lösung und Erklärungen zu den Bildmotiven:

Madonna und Helmut Kohl (Abb. 1):

Falsch, der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl (1982–1998) und die Pop-Diva Madonna haben sich nie geküsst. Das Bild wurde eigens für einen Dokumentationsfilm („Hat Kohl Madonna geküsst? Wie man Bilder manipulieren kann“) zum Thema „Bildmanipulation“ montiert.

Leonid Breschnew und Erich Honecker (Abb. 2):

Richtig, nach einer Rede Breschnews im Oktober 1979 anlässlich des 30. Jahrestages der DDR-Gründung umarmen und küssen sich er und Honecker. Das Bild steht beispielhaft für den „sozialistischen Bruderkuß“.

Sowjetische Fahne auf dem Reichstag (Abb. 3):

Falsch, weil es sich hierbei um ein gestelltes und nachträglich bearbeitetes Foto handelt, welches am 2. Mai 1945 entstand. Es ist eines der bekanntesten Fotos zum Ende des Zweiten Weltkriegs und steht symbolisch für die Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands. Der Reichstag wurde jedoch bereits am 30. April von sowjetischen Truppen eingenommen, die auch an diesem Tag dort die sowjetische Fahne hissten. Da alle Kampfhandlungen um den Reichstag erst am 1. Mai beendet waren, konnte das Foto frühestens am 2. Mai von einem sowjetischen Kriegsphotografen gemacht werden, der drei Soldaten beim Hiszen der sowjetischen Fahne fotografierte. Da einer der Soldaten an jedem Arm eine Uhr trug, die er augenscheinlich erbeutet hatte, wurde eine Uhr wegretuschiert. Später wurden die Rauchschwaden eingefärbt und die verwendete Fahne nachträglich ausgetauscht.

Brennende Neue Synagoge in Berlin (Abb. 4):

Falsch, denn die Neue Synagoge in der Oranienburger Straße wurde in der Reichspogromnacht nicht zerstört. Gleichwohl gilt dieses Foto als Symbol der Zerstörung jüdischer Einrichtungen und Geschäfte durch die Nationalsozialisten > in der Reichspogromnacht vom 8. auf den 9. November 1938. Tatsächlich legten SA-Angehörige Feuer in der Neuen Synagoge. Der Vorsteher des zuständigen Polizeireviere stellte sich diesen jedoch entgegen, verwies auf den Denkmalschutz und wies die Feuerwehr an, den Brand zu löschen. Die Synagoge wurde erst während britischer Bombenangriffe auf Berlin im November 1943 weitestgehend zerstört.

AB 07 Quiz: Früher oder später?

Lösung: A—1978/9; B—1953/2; C—1973/4; D—1975/3; E—1961/8; F—1968/5; G—1989/7; H—1959/1; I—1980/6

AB 08 Gedenktag 9. November.

Licht und Schatten der deutschen Geschichte

Der 9. November wird oftmals „Schicksalstag der Deutschen“ genannt. Wäre er als „Multigedenktag“ geeignet? Die AB 08 und 09 sollen die Schüler > zu einer eigenen Meinungsbildung anregen.

1 Was war wann?

— Zu Aufgabe 1

1. Ausrufung der Republik (09.11.1918)

Lösung: Bild C; Zitat b

Der Ausrufung der Republik am 09.11. ging der Matrosenaufstand in Kiel voraus. Die Aufstände weiteten sich aus, bis es am 09.11. in Berlin zum Generalstreik kam. Reichskanzler Max von Baden verkündete die Abdankung des Kaisers. Er übergab sein Amt an Friedrich Ebert (SPD). Um zu verhindern, dass eine Sozialistische Republik ausgerufen würde, rief Philipp Scheidemann (SPD) die Deutsche Republik aus. Damit erreichte er, dass sich die Aufständischen mehrheitlich nicht den Kommunisten > anschlossen.

2. Hitler-Ludendorff-Putsch (09.11.1923)

Lösung: Bild D; Zitat c

Am Abend des 08.11. verkündete Adolf Hitler im Münchener Bürgerbräukeller die „Nationale Revolution“ und versuchte, die bayerische Staatsführung um den nationalkonservativen Generalstaatskommissar Gustav von Kahr unter Druck zu setzen, seine Umsturzpläne zu unterstützen. Dies misslang letztlich. Den Aufmarsch der Nationalsozialisten am 09.11. stoppten Polizeikräfte und schlugen ihn mit Waffengewalt nieder. Hitler wurde zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, musste aber nur neun Monate absitzen.

3. Reichspogromnacht (09.11.1938)

Lösung: Bild A; Zitat d

Als Vorwand diente das tödliche Attentat Herschel Grynszpan, eines 17-jährigen Juden, auf den Diplomaten Ernst vom Rath in Paris. Grynszpan hatte damit gegen die Abschiebung deutscher Juden > nach Polen protestieren wollen. Bei der Gedenkfeier zum 09.11.1923 in München wurde die Todesnachricht genutzt, um zum Pogrom aufzurufen. Jüdische Mitbürger > wurden bedroht, misshandelt oder in Konzentrationslager eingeliefert, jüdische Geschäfte, Synagogen und Häuser zerstört. Es gab einige Hundert Tote. Die rassistische Politik des NS-Regimes erreichte damit einen neuen Höhepunkt.

4. Fall der Berliner Mauer (09.11.1989)

Lösung: Bild B; Zitat a

Auf einer Pressekonferenz am 09.11. gab Günter Schabowski, Mitglied der SED-Führung, ein neues Reisegesetz bekannt, das der Ausreisewelle von DDR-Bürgern > über westdeutsche Botschaften ein Ende machen sollte. DDR-Bürger > sollten zukünftig ohne besondere Gründe nach Westberlin und Westdeutschland reisen können. Auf Nachfrage bestätigte Schabowski, dass das Gesetz sofort in Kraft trete, obwohl eigentlich der 10.11. vorgesehen war. Als die Nachricht bekannt wurde, strömten Tausende zur Mauer und den Grenzübergangstellen, doch die Anweisungen für die Grenzsoldaten lagen noch nicht vor. Zuerst wurden nur wenige nach Westberlin durchgelassen, aber als der Andrang zu groß wurde, gaben die Grenzsoldaten die Grenze frei.

AB 09 Gedenktag 9. November. Multigedenk- oder Schicksalstag?

1 Was war wann?

— Zu Aufgabe 2

Die Ereignisse stehen beispielhaft in der deutschen Geschichte für ...

A ...den Wunsch nach Freiheit und Demokratie

- 1 > 09.11.1918 Ende der Monarchie; Parlamentarische Demokratie; Frauenwahlrecht; Ende des Krieges
4 > 09.11.1989 Protest gegen Diktatur; Ende des Eingesperrtseins; Wunsch nach Wiedervereinigung; Einführung von Demokratie in der DDR

B ...Diktatur und Barbarei

- 2 > 09.11.1923 Protest gegen Weimarer Republik; Abschaffung der Demokratie
3 > 09.11.1938 Rassismus gegenüber der jüdischen Bevölkerung; Antisemitismus; Vorstufe zum Holocaust; Aufhebung von Grundrechten

C ...Revolution

- 1 > 09.11.1918 Höhepunkt der Novemberrevolution
2 > 09.11.1923 Versuch einer „nationalen Revolution“, um Revolution von 1918/1919 rückgängig zu machen
4 > 09.11.1989 Höhepunkt der friedlichen Revolution in der DDR

D ...rechtsextremistischen Terror

- 2 > 09.11.1923 Aufstand von rechten Kreisen organisiert
3 > 09.11.1938 Terror der Nationalsozialisten gegen jüdische Bevölkerung

E ...das Ende der Monarchie

- 1 > 09.11.1918 Abdankung des Kaisers; Schaffung der Republik

F ...europäischen und internationalen Einfluss

- 1 > 09.11.1918 Novemberrevolution als Folge des Weltkrieges; für Kommunisten Oktoberrevolution Vorbild
2 > 09.11.1923 Unzufriedenheit mit Behandlung Deutschlands (Versailler Vertrag); Kampf gegen Kommunismus; italienischer Faschismus Vorbild
3 > 09.11.1938 Großmächte ließen NS-Regime gewähren (Münchener Konferenz); Antisemitismus als weltweites Problem, wengleich Holocaust einmalig ist
4 > 09.11.1989 Zusammenhang mit Veränderungen im Ostblock (Charta 77 in der Tschechoslowakei, Solidarność in Polen, Gorbatschow in der Sowjetunion)

G ...einen Tag der Freude

- 1 > 09.11.1918 Beendigung von Krieg und Monarchie (nicht geteilt von z. B. Militärs, konservativen Kreisen, Anhängern der Monarchie, Kommunisten)
4 > 09.11.1989 Überwindung der Teilung; friedliche Revolution durch DDR-Bürger

2 Schicksalstag der Deutschen?

Für den 9. November als Nationalfeiertag sprechen:

- A zeigt positive Entwicklung Deutschlands
C Deutschland bekennt sich zu seiner wechselvollen Geschichte
E soll nicht nur Tag des Feierns sein, sondern auch des Gedenkens
G 9. November als symbolträchtigster Tag der deutschen Geschichte
L 3. Oktober rein „technisches“ Datum des Einigungsprozesses
N Möglichkeit, ohne Vorurteile mit Geschichte umzugehen
O gefühlsmäßige Bindung an den 9. November als „Schicksalstag“

Gegen den 9. November als Nationalfeiertag sprechen:

- B Trennung der historischen Ereignisse durch getrenntes Erinnern und Gedenken
D Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung sind kein Grund zum Feiern
F der 3. Oktober (Tag der Wiedervereinigung) ist als Nationalfeiertag fest verankert
H Widersprüche der deutschen Geschichte sind nicht auf einen Tag reduzierbar
I positiver und negativer Ereignisse kann man nicht gleichzeitig gedenken (Unterschiedlichkeit der Ereignisse)
J 9. November steht für Fehlverhalten von deutschen Politikern und Machthabern
K oftmals schlechtes Wetter im November
M Ereignisse fallen zufällig auf einen 9. November

Für die Pro- und Contra-Diskussion werden Gruppen eingeteilt, die sich jeweils mit allen Argumenten beschäftigen. In der Gruppenphase werden Argumente ausformuliert und Beispiele gesucht, die in die Diskussion eingebracht werden können. Auch neue Argumente sind möglich. Während der Diskussion treten immer Vertreter zweier Gruppen zum Rededuell gegeneinander an, wobei die Redezeit begrenzt werden kann. Die Zuhörer stimmen ab, wer sie mehr überzeugt hat.

AB 10 Gedenktag 20. Juli 1944. Attentat auf Hitler

Was bringt Menschen dazu, sich totalitärer Gewaltherrschaft zu widersetzen? Die AB 10 und 11 zeigen, dass in der deutschen Geschichte das Attentat auf Hitler eine zentrale Rolle bei der Beantwortung dieser Frage spielt.

— Hintergrundinformationen

Widerstand gegen den Nationalsozialismus war in Deutschland nur Sache einer kleinen Minderheit. In verschiedenen Milieus entstanden Widerstandsgruppen, diese arbeiteten aber weitgehend unabhängig voneinander.

Zwei Strategien des Widerstands lassen sich unterscheiden. Die eine zielte auf den Umsturz von unten. Mittel dazu waren z. B. Flugblätter, wie die der „Weiße Rose“. Die andere Strategie zielte auf den Umsturz von oben. Sie war die Strategie der Männer des 20. Juli 1944, die mit dem Militär über ein wichtiges Machtmittel verfügten. Die Staatsgewalt sollte erobert und eine rechtsstaatliche, nicht unbedingt demokratische Ordnung etabliert werden.

Schon 1938 gab es Überlegungen der Generalität, Hitler aufgrund seiner Expansionspläne zu verhaften. Auch in den ersten Jahren des Krieges existierten militärische Oppositionskreise um den früheren Generalstabschef Ludwig Beck; sie fanden aber aufgrund der militärischen Erfolge wenig Gehör. Beck hatte Verbindungen zum zivilen Widerstandskreis um Carl Friedrich Goerdeler. Gemeinsam entwickelten sie Verfassungspläne für einen Rechtsstaat, in dem aber Parteien und Volksvertretung nur eine untergeordnete Rolle spielten. Vom Beck-Goerdeler-Kreis gab es Kontakte zum Kreisauer Kreis. Dieser traf sich auf dem Gut von Helmuth James Graf von Moltke im niederschlesischen Kreisau, um eine staatliche Neuordnung zu diskutieren.

1942 schloss sich der Generalstabsoffizier Claus Schenk Graf von Stauffenberg der Militäropposition an. Er arbeitete den für den Fall innerer Unruhen vorgesehenen militärischen Notstandsplan „Walküre“ um. Damit sollte dem Militär die vollziehende Gewalt übertragen werden. Die Verschwörer setzten darauf, dass das militärische Prinzip von Befehl und Gehorsam funktionieren würde. Auch in hohen Kommandostellen hatte Stauffenberg Unterstützer. Stauffenberg übernahm selbst die Ausführung des Attentats, da er aufgrund seiner dienstlichen Stellung im Führerhauptquartier direkten Zugang zu Hitler hatte. Nachteilig war daran, dass Stauffenberg sofort nach dem Attentat von Berlin aus den Aufstand hätte

steuern müssen. So gingen beim Rückflug wertvolle Stunden verloren, in denen Gegenmaßnahmen organisiert wurden.

Die Ermittler des Reichssicherheitshauptamtes stellten fest, dass das Netz des militärischen Widerstandes weit verzweigt war. Innerhalb der Wehrmacht hatte es zahlreiche Mitverschwörer gegeben. Wesentlich größer war der Kreis von Mitwissern im Militär und in den zivilen Widerstandskreisen. Sie alle sollten, so Hitler, „jetzt unbarmherzig ausgerottet werden“.

Lösung des Lückentextes:

Wolfsschanze / 20. Juli / Claus Schenk Graf von Stauffenberg / 1942 / sofortige Beendigung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und schnelle Beendigung des Krieges / lautlosen Säurezünder / Aktentasche / zwei Meter / Kriegsverletzung (Verlust des linken Auges, der rechten Hand und zweier Finger der linken Hand) / „Walküre“ / oberste Gewalt / Verhaftung der Nazi-Führer / Besetzung der Konzentrationslager, Einstellung des Judenmordes

AB 11 Gedenktag 20. Juli 1944. Folgen des Attentats

Zu den Zitaten:

A Die Aussage Stauffenbergs ist vor folgendem Hintergrund zu sehen: Seit der Konferenz von Casablanca im Januar 1943 forderten die Alliierten die bedingungslose Kapitulation Deutschlands. Damit konnte auch eine von Verschwörern gestellte Regierung nicht auf einen Verhandlungsfrieden hoffen. Sie musste damit rechnen, zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen zu werden. Dies hätte ihr unweigerlich den Vorwurf eingetragen, den kämpfenden Soldaten in den Rücken gefallen zu sein. Der Boden für eine zweite „Dolchstoß-Legende“ wäre bereitet gewesen. Zwar war der Krieg im Sommer 1944 für Deutschland objektiv verloren – aber längst noch nicht in den Augen aller Deutschen. Noch hatten die feindlichen Armeen deutschen Boden nicht erreicht, zudem versprach die Propaganda, mit „Wunderwaffen“ das Kriegsglück zu wenden. Stauffenberg und seine Mitverschwörer stellten in dieser tragisch zu nennenden Situation ihre Gewissensentscheidung über alle Opportunitätsgesichtspunkte.

— *Quelle des Zitats:* Peter Steinbach/ Johannes Tuchel (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bd. 323. Bonn 1994, S. 12

B Das Zitat ist die Antwort Tresckows auf eine Anfrage Stauffenbergs. Am 6. Juni 1944 war amerikanischen und britischen Truppen die Landung in Nordfrankreich gelungen, der militärische Zusammenbruch Deutschlands war damit absehbar. Mache da ein Umsturzversuch überhaupt noch Sinn? Tresckow hebt auf das Zeichen ab, das mit dem Umsturzversuch gesetzt wird.

— *Quelle des Zitats:* Fabian von Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler. Fischer Taschenbuch 305 (1959), S. 138

C + D Was wäre gewesen, wenn das Attentat geglückt wäre? Eine unhistorische Frage, deren Beantwortung aber die gegebene historische Chance erhellen kann. Sie bestand mindestens in einem früheren Kriegsende. Viele Hunderttausende, vielleicht Millionen Menschen wären nicht umgekommen. Nicht zuletzt wäre der Judenmord sofort gestoppt worden. Die Totalzerstörung der historischen Stadtkerne von Dresden (13./14.2.1945) oder Potsdam (15.4.1945), neben vielen anderen, wäre wohl unterblieben.

— *Quellen der Zitate:* C — Traudl Junge: Bis zur letzten Stunde. List Taschenbuch o.O. 2003, S. 149; D — cine + / mdr: www.lexi-tv.de

E Steht das Attentat vom 20. Juli 1944 in den Augen der Schüler vielleicht in einer Reihe mit den (Selbstmord-)Attentaten, von denen die Medien beinahe täglich berichten? Wie sind dagegen die politischen Mordanschläge einzuordnen, denen beispielsweise der serbische Ministerpräsident Djindjic (2003) und vor ihm u.a. der israelische Ministerpräsident Rabin (1995) und US-Präsident Kennedy (1963) zum Opfer fielen? Wo liegen die Unterschiede? Wie ist „Tyrannenmord“ grundsätzlich zu beurteilen? Bleibt es Mord oder ist es Notwehr, der „finale Rettungsschuss“, der einen Verbrecher am weiteren Morden hindert? Ist jeder zum Tyrannenmord berechtigt, den sein Gewissen dazu treibt, oder öffnet das der Anarchie Tür und Tor? Was bedeutet in diesem Zusammenhang Art. 20 (4) GG:

„Gegen jeden, der es unternimmt, diese (freiheitlich-demokratische) Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“?

— *Quelle des Zitats:* Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 4.6.1999

AB 12 Gedenktag 8. Mai 1945. Kriegsende in Europa

Ist der 8. Mai 1945 für Deutschland ein Tag der Befreiung, ein Tag der Niederlage, ein Tag des Zusammenbruchs und Neuanfangs? Die Ansichten hierzu weichen voneinander ab. Die **AB 12** und **13** stellen Schülern Informationen und Aufgaben für eine Diskussion bereit.

— Hintergrundinformationen

Am 7. Mai unterzeichnete Generaloberst Alfred Jodl im alliierten Hauptquartier in Reims die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht. In der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1945 wurde die Prozedur im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst auf Wunsch der sowjetischen Führung wiederholt. Mit der bedingungslosen Kapitulation, die für den 8. Mai ab 23.01 Uhr die Einstellung aller Kampfhandlungen vorsah, endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Aus deutscher Sicht damals war dieser **Tag eine Niederlage**. Weltweit endete der Krieg mit der Kapitulation Japans am 2. September 1945.

Für die Alliierten war der 8. Mai 1945 (nach sowjetischer Lesart 9. Mai) der **Tag des Sieges** über das nationalsozialistische Deutschland, welches am 1. September 1939 den Zweiten Weltkrieg mit dem Überfall auf Polen begonnen hatte.

Ein **Tag der Befreiung** war der 8. Mai für Häftlinge und Gefangene in den Konzentrationslagern und Gefängnissen. Ebenso wurde die deutsche Besetzung der europäischen Länder beendet. Der deutsche Rückzug begann im Westen am 6. Juni 1944 mit der Landung der Alliierten in der Normandie. An der Ostfront rückte die Rote Armee ab der zweiten Jahreshälfte 1943 vor. Mit der Errichtung kommunistischer Diktaturen in Osteuropa führte die Befreiung dort jedoch nicht zu Freiheit und Demokratie.

Die große Mehrzahl der Deutschen hatte das Kriegsende nicht als Befreiung empfunden. Die eigene Zukunft war ungewiss. Vielerorts herrschte aber Erleichterung über das Ende des Kriegs und das eigene Überleben. Der Historiker Hartmut Kaelble hat **unterschiedliche Erfahrungen** der Deutschen mit dem 8. Mai 1945 herausgearbeitet:

- Erleichterung und Freude über die Befreiung
- keine Befreiungsfreude wegen Existenzangst, Notsituation und Zukunftssorgen
- Rückzug ins Private und auf sich selbst
- Anpassung an die neuen Verhältnisse, aber auch
- Trauer über Niederlage und Zusammenbruch

— *vgl:* Hartmut Kaelble: „Die zeitgenössische Erfahrung des 8. Mai 1945“ in Schröder, Rainer (Hrsg.): 8. Mai 1945 – Befreiung oder Kapitulation?, Berlin/Baden-Baden 1995, S. 115–136

AB 12 Gedenktag 8. Mai 1945. Kriegsende in Europa

1 Situation am Ende des Krieges

— Zu den Aufgaben 1 und 2 (in Stichworten)

Foto	Personengruppe	Empfindung der Abgebildeten	Begründung deiner Einschätzung
F1	Wehrmachtsgeneräle (stellvertretend für Vertreter des NS-Regimes)	Niederlage	<ul style="list-style-type: none"> – Wehrmacht komplett besiegt – Zusammenbruch des alten Systems – Mitverantwortung für Politik der Nationalsozialisten
F2	Flüchtlinge und Vertriebene (stellvertretend für Deutsche, die ihre Heimat verlassen müssen)	Trauer, Überlebenskampf, Ungewissheit	<ul style="list-style-type: none"> – Trauer wegen Verlust der Heimat und Vertreibung – Trauer wegen Verlust von Familienangehörigen und Freunden bei Flucht und Vertreibung – ungewisse Zukunft – Überlebenskampf – Repressalien durch die Rote Armee
F3	Pariser machen das „Victory-Zeichen“, Frankreich wurde allerdings erst später zu den Siegern gezählt (stellvertretend für besetzte Länder).	Freude, Erleichterung, Hoffnung	<ul style="list-style-type: none"> – Befreiung des von Deutschland besetzten Landes – erfolgreicher Kampf gegen das NS-Regime – Hoffnung auf eine bessere, friedliche Zukunft
F4	ältere deutsche Männer (stellvertretend für deutsche Bevölkerung)	Niederlage, Ungewissheit, Dankbarkeit	<ul style="list-style-type: none"> – Zerstörung und Alltagsorgen – Überlebenskampf – ungewisse Zukunft – froh, noch am Leben zu sein
F5	KZ-Häftlinge (stellvertretend für alle Häftlinge)	Freude, Erleichterung, Trauer, Gefühlslosigkeit	<ul style="list-style-type: none"> – Freude und Erleichterung wegen Befreiung und Ende des Martyriums – Trauer wegen Verlust von Angehörigen und Freunden – kaum Regung, weil geschwächt
F6	Einwohner Nammerings (stellvertretend für deutsche Bevölkerung). 1945 waren auf einem Transport von KZ-Häftlingen von Buchenwald nach Dachau 794 Menschen ermordet worden.	Scham, Abscheu, nicht wahrhaben wollen	<ul style="list-style-type: none"> – Konfrontation mit Gräueltaten und mit Opfern des NS-Regimes – Leugnung, davon etwas gewusst zu haben – späte Distanzierung vom Nationalsozialismus

AB 13 Gedenktag 8. Mai 1945.

Einschätzungen: Befreiung oder Niederlage?

2 Erinnerungen an das Kriegsende

Zitat A: Niederlage, Schuld, Desillusionierung

Zitat B: Freude, Erleichterung, Trauer, Freiheit

Zitat C: Enttäuschung, Desillusionierung, Überleben

Zitat D: Überleben, Verzweiflung

Zitat E: Erleichterung, Hoffnung

Zitat F: Erleichterung, Verzweiflung, Wut

3 Beurteilung aus heutiger Sicht: „Tag der Befreiung“?

Anlässlich des 40. Jahrestags des Kriegsendes 1985 sprach mit Richard von Weizsäcker erstmals ein deutsches Staatsoberhaupt vom „Tag der Befreiung“. Auch vierzig Jahre später war diese Wortwahl unüblich. Der Inhalt der Rede stieß nicht auf ungeteilte Zustimmung. Vier unterschiedliche Bedeutungen des 8. Mai werden angesprochen:

- Tag der Erinnerung an das Leid vieler Menschen (Ermordete und Verfolgte durch das NS-Regime, Tote des Weltkriegs)
- Tag des Nachdenkens über die deutsche Geschichte (ehrlicher Umgang mit der eigenen Geschichte, Aufarbeitung der historischen Ereignisse, Geschichte nicht verdrängen und damit leben)
- Kein Tag des Feierns wegen ambivalenter persönlicher Erfahrungen (Kriegsgefangenschaft, Flucht und Vertreibung, Schmerz über Niederlage des Heimatlandes, NS-Ideologie als Fehler (zu spät) erkannt)
- Tag der Befreiung von einem menschenverachtenden Regime (Ende der rassistischen Ideologie und des Terrors des Nationalsozialismus).

➔ Der Volltext der Rede findet sich hier:

[www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html)

[Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html)

AB 14 Potsdamer Konferenz:

17. Juli – 2. August 1945

Die AB 14 und 15 verdeutlichen, dass die Potsdamer Konferenz kein Ereignis von nur antiquarischem Interesse ist. Viel Gegenwärtiges weist auf Ursprünge in Potsdam zurück.

Potsdam war nach Teheran (1943) und Jalta (1945) die letzte Kriegskonferenz. Die Stelle Roosevelts († 12.4.45) besetzte in Potsdam sein vormaliger Vize Truman. Churchill wurde nach verlorener Parlamentswahl in der Endphase der Konferenz durch den neuen Premier Attlee ersetzt. Truman, Attlee und Stalin unterschrieben am 2.8.1945 das als „Potsdamer Abkommen“ bezeichnete Verhandlungsprotokoll.

1 Einladung zur Spurensuche

— Zu Aufgabe 1

Kloses und Podolskis Eltern kamen als „Spätaussiedler“ aus dem polnischen Oberschlesien nach Westdeutschland. Deren Väter konnten geltend machen, Deutsche im Sinne des Art. 116 (1) GG zu sein, weil ihre Eltern Reichsbürger gewesen waren. Mit ihrer Aufnahme erwarben auch die Nichtdeutschen Ehegatten und Kinder (die jetzigen Fußballer) die deutsche Staatsangehörigkeit.

— Zu Aufgabe 2

Hinweise sind z. B. ehemalige Kasernen der Besatzungsmächte, Denkmäler, Straßennamen (Clay-Allee/Bersarinplatz).

2 Schnee von gestern?

Die Zahl der Kinder in Deutschland, die Besatzungsangehörige zum Vater haben, wird auf über 100.000 geschätzt. Diese Kinder trugen nach damaligem deutschem Recht den Namen ihres (ausländischen) Vaters. Prominenteste Beispiele sind der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident David McAllister und der ehemalige Präsident der Bundesärztekammer Frank Ulrich Montgomery.

Speziell in nach 1950 entstandenen Neubauvierteln westdeutscher Städte finden sich Straßen, die nach ehemals ostdeutschen Städten, Provinzen, Flüssen benannt sind. Sie müssten identifiziert werden, um anschließend die Hintergründe zu erschließen (Wohnungsbau für Vertriebene, Erinnerung an Gebiete).

➔ Die Beschlüsse A, D, E, F, G, I, J, K wirken fort (f) und wurden z. T. in Verfassung und Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen.

A Es ist Vorsorge zu treffen, dass Deutschland nie wieder den Weltfrieden bedrohen kann.

- UN-Charta, Art. 53 und 107 („Feindstaatenklauseln“), für „obsolet“ erklärt, gleichwohl bis heute nicht getilgt
- Art. 26 GG: Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges
- Einbindung des deutschen Potenzials in internationale Organisationen (wirtschaftlich: Montanunion, EWG/EG/EU; militärisch: NATO)
- Selbstverpflichtung Deutschlands, auf Herstellung und Besitz atomarer, biologischer und chemischer Waffen zu verzichten

D Nationalsozialistische Aktivitäten jeder Art sind verboten.

- §130 StGB: Verbot, NS-Handlungen öffentlich zu billigen, zu leugnen oder zu verharmlosen
- §86, 86a StGB: Verbot, NS-Propagandamittel, Symbole, Grußformen zu verwenden
- Art. 21 GG: Verbot verfassungswidriger Parteien

E Das politische Leben in Deutschland muss auf demokratischer Grundlage erfolgen.

- Art. 20 (1) GG: Demokratie mit „Ewigkeitsgarantie“ in Art. 79 (3) GG

F Deutschland muss dezentral organisiert sein.

- Art. 20 (1) und 30 GG: Bundesstaat mit „Ewigkeitsgarantie“ in Art. 79 (3) GG

G Die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht ist verboten.

- Bundesgesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen („Kartellgesetz“)

I Die Deutschen müssen sich ihrer Verantwortung stellen, deutsche Kriegsverbrecher müssen vor Gericht gestellt werden.

Das Thema ist Bestandteil der Lehrpläne in Schulen. Zudem gibt es die Einrichtung der „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ in Ludwigsburg.

J Deutschland muss 25 % seines Staatsgebietes an Polen und Russland abtreten.

Mit dem 2+4-Vertrag (12.9.1990) und dem deutsch-polnischen Grenzabkommen (14.11.1990) erkennt das wiedervereinigte Deutschland noch einmal die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze völkerrechtlich an.

K Truppen der Siegermächte werden in Deutschland stationiert.

Truppen der ehemaligen Siegermächte (außer Russland) sind weiterhin, jetzt jedoch als verbündete NATO-Partner, in Deutschland stationiert.

AB 15 Potsdamer Konferenz.

Potsdam und die Teilung Deutschlands

3 Ursachenforschung: Wie konnte es zur Teilung kommen?

Ausschlaggebend war letztlich die Neuorientierung der US-Politik gegenüber der als aggressiv eingeschätzten Sowjetunion (*Quelle C*).

Quelle A: Die Reparationsregelung zerlegte Deutschland in zwei getrennte Wirtschaftskörper. Die Westmächte kauften ihre Zonen frei und überließen der UdSSR ihre Zone zur Ausbeutung. Dafür akzeptierten sie die von Stalin festgelegte Oder-Neiße-Grenze. Die Sowjetische Besatzungszone hatte in den Folgejahren ein Vielfaches der westdeutschen Reparationslast zu tragen. Aus ihr blieben auch die vereinbarten Lebensmittellieferungen aus. Das führte im Frühjahr 1946 zum Stopp der Reparationslieferungen aus der amerikanischen Zone an die UdSSR, schließlich zu einer – zunächst wirtschaftlichen – Neuorientierung in den Westzonen ohne Beteiligung der UdSSR (Bizone 1.1.1947).

Quelle B: Frankreich konnte seine „Vorbehalte“ mit einer Obstruktionspolitik (Blockadepolitik) im Kontrollrat durchsetzen. Da dort Einstimmigkeit erforderlich war, blockierte es sämtliche Ansätze zur Schaffung überzonaler deutscher Institutionen mit seinem Veto. De Gaulle schlug 1946 ein dezentralisiertes Deutschland wie nach dem Westfälischen Frieden (1648) vor.

Quelle C: US-Präsident Truman, der bei der Potsdamer Konferenz erst drei Monate im Amt war, gedachte zunächst, die Zusammenarbeit mit der UdSSR fortzusetzen. Anders als sein Vorgänger Roosevelt sah er jedoch das Anwachsen der sowjetischen Macht in Ost- und Mitteleuropa kritischer. Er verließ Potsdam mit dem Eindruck: „Das russische Fernziel hieß Weltherrschaft.“ 1946/47 leitete er eine Politik der Eindämmung („policy of containment“) ein. Er folgte damit Ratgebern wie Kennan, den er zu den „erfahrensten Russlandexperten“ zählte und 1947 zum Chef des Planungsstabes im US-Außenministerium machte.

AB 16 Entscheidungen im Westen. Gründung der Bundesrepublik Deutschland

AB 16 verdeutlicht, dass die Gründung der Bundesrepublik Teil der weltweiten Auseinandersetzung („Kalter Krieg“) zwischen den USA und der UdSSR nach 1945 war.

US-Präsident Truman sah Stalin auf Expansionskurs: Er hatte unter anderem in Osteuropa kommunistische Diktaturen errichtet, bedrohte für freien Zugang zum Mittelmeer die Türkei und unterstützte im Iran und in Griechenland kommunistische Umsturzversuche.

Schon am 5. Januar 1946 hatte Truman seinen Außenminister wissen lassen: „Wenn man ihm nicht die eiserne Faust zeigt und die stärkste Sprache spricht, werden wir einen neuen Krieg erleben. [...] Ich habe es satt, die Sowjets in Watte zu packen.“ Am 12.3.1947 proklamierte er den „Wendepunkt der amerikanischen Außenpolitik“: „Es muss [...] der außenpolitische Grundsatz der Vereinigten Staaten werden, allen Völkern, deren Freiheit von militanten Minderheiten oder durch einen von außen ausgeübten Druck bedroht wird, unseren Beistand zu leihen.“

Auf Deutschland bezogen bedeutete diese neue Politik der Eindämmung („policy of containment“), den westlichen Teil Deutschlands zu einem „Prellbock für die Kräfte des Totalitarismus“ zu machen.

1 Zeitlicher Ablauf

➔ Reihenfolge: C / F / A / E / D / B

C > August 1945 Potsdamer Abkommen

F > 1. Januar 1947 Bizone

A > 12. März 1947 Truman-Doktrin

E > 5. Juni 1947 Marshall-Plan

D > 20. Juni 1948 Währungsreform

B > 1. Juli 1948 Frankfurter Dokumente

2 Interessenlagen der USA

— Zu Aufgabe 1

Zum Quellenauszug A: Die Direktive JCS 1067 an den Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen in Deutschland forderte 1945, eine deutsche Bedrohung dauerhaft auszuschalten. Dazu gehörte eine drastische Reduzierung des Industriepotenzials. In diesem Sinne billigten die USA im März 1946 einen Industrieplan des Kontrollrats. Er verbot Deutschland die Herstellung bestimmter militärisch nutzbarer Industriegüter und senkte das Industrieniveau insgesamt. Es sollten nur noch 50–55 % des Niveaus von 1938 produziert werden.

Zum Quellenauszug B: Im Frühjahr 1947 hatte eine von Präsident Truman eingesetzte Kommission unter dem vormaligen US-Präsidenten Herbert Hoover Europa bereist und schlug einen Richtungswechsel in der amerikanischen Wirtschaftspolitik gegenüber Deutschland vor. Harriman selbst besuchte Deutschland im Spätsommer 1947.

— Zu Aufgabe 2

- 1945 betrieben die USA aus Sicherheitsinteresse einen Abbau des deutschen Industriepotenzials. 1947 war ihr Interesse, Westdeutschlands Industrie zur Stabilisierung Westeuropas wieder aufzubauen.
- „Elend und Chaos in Deutschland“ sollten behoben werden, weil die USA sonst ihre politischen Ziele in Europa nicht würden verwirklichen können.
- Ziel war seit Verkündung der Truman-Doktrin und des Marshall-Plans die wirtschaftliche Stabilisierung Europas, damit der Kommunismus dort nicht Fuß fassen kann.
- Da Deutschlands Wirtschaft mit der europäischen Wirtschaft eng verkettet war, sollten die USA den ehemaligen Feind gesund machen, da sonst auch Europa nicht gesund würde.

AB 17 Das dauerhafte Provisorium

AB 17 beschreibt die Probleme der westdeutschen Ministerpräsidenten angesichts des Auftrags einer Weststaatsgründung. Es stellt ferner die Argumentation zur Diskussion, mit der westdeutsche Politiker ihr nationales Gewissen beruhigten.

— Ergänzende Informationen

- Die Auffassung in Quelle B („Russland hat geteilt“) war seinerzeit Gemeingut nichtkommunistischer Politiker. In ihren Augen wollte die Sowjetunion in Ostdeutschland eine Diktatur errichten. Da die deutschen Kommunisten dabei halfen, galten sie als „fremde Staatspartei“. Diese nannten die westdeutschen Politiker ihrerseits „Reaktionäre“ und „Vertreter des Monopolkapitals“. Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz der Regierungschefs aller vier Besatzungszonen im Juni 1947 offenbarte unüberbrückbare Gegensätze und scheiterte. Die Außenministerkonferenzen der Siegermächte 1947 hatten ebenfalls deutlich gemacht, dass eine Einigung in der Deutschlandfrage unwahrscheinlich war.
- Am 1. Juli 1948 übergaben die Westalliierten den Ministerpräsidenten ihrer Besatzungszonen die „Frankfurter Dokumente“. Sie enthielten Empfehlungen zur Gründung eines westdeutschen Staates und sahen keine gesamtdeutsche Lösung vor. Die zurückhaltende Reaktion der Ministerpräsidenten erzürnte die USA. Sie drohten, andernfalls ihr Engagement für Berlin zu überdenken. Dort sperrten die Sowjets seit 24. Juni 1948 alle Zugänge nach Westberlin („Berliner Blockade“), das elf Monate lang aus der Luft versorgt werden musste. Damit sollten die Westmächte zur Aufgabe ihrer Weststaatspläne, mindestens zum Abzug aus Berlin gezwungen werden.
- Die Vorläufigkeit der Weststaatsgründung war den Ministerpräsidenten wichtig, ihnen war aber auch bewusst, dass sie Chancen einer teilweisen Wiederherstellung deutscher Souveränität eröffnete (siehe Quelle B).

Die Westalliierten gaben nach: Keine gewählte Nationalversammlung trat zusammen, sondern der Parlamentarische Rat, der ein „Grundgesetz“ ausarbeitete und keine Verfassung. Dessen Präambel betonte das Provisorische, Artikel 23 eröffnete die Möglichkeit, dass „andere Teile Deutschlands“ beitreten und Artikel 146 bestimmt bis heute (wenn auch seit 1990 in leicht abgewandelter Form):

„Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

➔ Was wurde aus der „deutschen Einheit“?

Könnte die Bestätigung der „Magnettheorie“, mit der westdeutsche Politiker die Gründung der Bizone bzw. des Weststaats rechtfertigten, ein Grund für die Wiedervereinigung sein? Diese Frage ist interessant, weil in den Jahren der Teilung die Forderung der Grundgesetzpräambel nach einer Politik der Wiedervereinigung oft als „Lebenslüge“ bezeichnet wurde. Entsprechend wurde verlangt, das Wiedervereinigungsgebot zu streichen, da es zur Zweistaatlichkeit keine Alternative gebe. Noch wenige Monate vor dem Mauerfall äußerten sich Historiker so.

Die Zitate laden ein, über Fragen von Geschichtsbetrachtung nachzudenken, z. B.: Wie zeitbedingt sind historische Urteile? Wie offen ist Geschichte? Gibt es immer auch Spielräume? Ist es erlaubt, von Entscheidungen zu behaupten, sie seien alternativlos?

AB 18 Gründung der DDR. 7. Oktober 1949

AB 18 beleuchtet das von Beginn an undemokratische Vorgehen der deutschen Kommunisten und der Sowjetunion bei der Gründung der DDR.

Nach 1945 gab es verschiedene Optionen in der sowjetischen Deutschlandpolitik. Das Festhalten an einem Potsdam-Deutschland bot der Sowjetunion die Chance, ihre Vorstellungen in ganz Deutschland zur Geltung zu bringen. Zudem ermöglichte es den besseren Zugriff auf dringend benötigte Reparationslieferungen aus Westdeutschland. Einiges sprach also für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Westmächten.

Nach der von US-Präsident Truman 1947 eingeleiteten Politik der Eindämmung des sowjetischen Einflusses schien dagegen ein Plan B realistischer: vollständige Sowjetisierung wenigstens des halben Deutschlands. Entsprechend beschworen Stalin und KPD/SED öffentlich Potsdam und die Einheit Deutschlands, gleichzeitig wurden aber auch die Fundamente für einen kommunistischen Separatstaat gelegt.

— Ergänzende Informationen

Die Kandidaten auf dem Stimmzettel vertraten folgende Parteien/ Organisationen der Sowjetisch besetzten Zone (SBZ):

- CDU (Christlich Demokratische Union)
- DBD (Demokratische Bauernpartei Deutschlands*)
- DFD (Demokratischer Frauenbund Deutschlands)
- FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund)
- FDJ (Freie Deutsche Jugend)
- Kulturbund
- LDP (Liberal-Demokratische Partei)
- NDP (Nationaldemokratische Partei*)
- SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands)
- VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes)

* SED-gesteuerte Parteieugründung 1948

→ Wie sehen demokratische Wahlen aus?

— Zu Aufgabe 1

Der Unterschied der Stimmzettel besteht darin, dass bei der Bundestagswahl zwischen unterschiedlichen Parteien ausgewählt werden kann, beim Volkskongresswahlzettel aber nicht.

— Zu Aufgabe 2

Er ähnelt dem Stimmzettel zur Reichstagswahl 1938. Beide sind mit einer Suggestivfrage verknüpft, die kaum zu verneinen ist (Wer sollte schon für einen ungerechten Frieden sein?). Über ein Drittel der DDR-Bevölkerung, in Ostberlin sogar fast die Hälfte, durchschaute 1949 allerdings den Trick und stimmte mit „Nein“.

— Zu Aufgabe 3

Zentraler Grundsatz demokratischer Wahlen muss sein, dass sie eine Auswahl zwischen politischen Alternativen ermöglichen und nicht nur ein Bekenntnis zum Regierungskurs abverlangen. Die Wahlen müssen außerdem tatsächlich geheim sein, offene Stimmabgabe, wie sie bei späteren Volkskammerwahlen üblich war („Zettel falten“), muss zur Ungültigkeit führen, auch wenn sie angeblich freiwillig erfolgt.

AB 19 Zweimal Deutschland?

AB 19 stellt die Argumente gegenüber, mit denen Bundesrepublik und DDR darum stritten, wer der rechtmäßige deutsche Staat sei.

→ Welcher ist der rechtmäßige deutsche Staat?

Die Frage nach der Legitimität der 1949 entstandenen deutschen Staaten ist keine abgehoben akademische. Die Nichtanerkennung der DDR war wesentlicher Bestandteil der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik in den ersten 20 Jahren ihres Bestehens. International gelang es, die DDR lange außerhalb des sowjetischen Machtbereichs diplomatisch zu isolieren. In der (nach dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt benannten) „Hallstein-Doktrin“ hatte die Bundesrepublik erklärt, sie werde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR „als unfreundlichen Akt“ ansehen. Die Hallstein-Doktrin wurde erst mit der „Neuen Ostpolitik“ ab 1969 aufgegeben, ebenso wie der Alleinvertretungsanspruch. Im „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen“ vom 21.12.1972 vereinbarten BRD und DDR „gutnachbarliche Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung“, allerdings „unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen (...) zur nationalen Frage“.

Lösungen

- a) Pieck erklärt, die DDR besitze die Legitimation, „für das ganze deutsche Volk zu sprechen“, nennt sie das „deutsche Kerngebiet“, und will die „losgerissenen Teile Deutschlands“ dereinst „in einem demokratischen Deutschland“ vereinigen. Die Behauptungen über die „wiedererlangte Souveränität“ und das „selbständige, freie Deutschland“ sind falsch, da Pieck die Existenz der Sowjetischen Kontrollkommission unterschlägt.
- b) Pieck gibt keine Begründung für seine Behauptung, dass die DDR-Regierung „die Interessen des deutschen Volkes wahrnimmt“. Für ihn als Marxisten-Leninisten erübrigt sich dies, da der historische Materialismus lehrt, dass die Kommunisten nach einer historischen Gesetzmäßigkeit im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus dazu berufen seien, die Führungsrolle in der Gesellschaft zu übernehmen.
- c) Adenauer nennt die Bundesrepublik Deutschland „die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes“, die „allein befugt (ist) für das deutsche Volk zu sprechen“.
- d) Adenauer begründet den Anspruch damit, dass allein die Bundesrepublik sich auf den „frei bekundeten Willen von rund 23 Millionen stimmberechtigter Deutscher“ stützen könne, während es in der SBZ „keinen freien Willen der Bevölkerung“ gebe.
- e) Die Frage soll zum Nachdenken anregen: Soll demjenigen recht gegeben werden, der sich auf die Mehrheit beruft (Adenauer), oder demjenigen, der vorgibt, eine Mission zu erfüllen, die dem Fortschritt dient, nämlich der Befreiung des Menschen von kapitalistischer Ausbeutung (Pieck)? Ist es berechtigt, eine unwissende und widerstrebende Mehrheit zu ihrem Glück zu zwingen? Muss akzeptiert werden, „daß nicht derjenige recht kriegt, der recht hat, sondern daß derjenige recht kriegt und Recht setzen kann, der die Mehrheit hat“ (Helmut Schmidt)? Ist es prinzipienlos, sich der Mehrheit zu beugen, statt innovative Wege zu beschreiten?

— Quelle: Norbert Schreiber: Die Zukunft unserer Demokratie. dtv Dokumente 2.912, München 1979, S.107f.

AB 20 Westintegration der Bundesrepublik Deutschland (1)

Die AB 20 und 21 stellen dar, dass die Westintegration den politischen Grundüberzeugungen Konrad Adenauers entsprach.

— Ergänzende Informationen

Adenauer war bereits 1945 vom gegenseitigen Nutzen der Integration Westdeutschlands in Westeuropa überzeugt und trieb entsprechend die wirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik mit Westeuropa voran. Nach dem Beitritt zur OEEC (Organization for European Economic Cooperation, heute OECD) 1949, die die Umsetzung der Marshall-Plan-Hilfe koordinierte, unterstützte Adenauer 1950 den Plan des französischen Außenministers Schuman, „die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Hohe Behörde zu stellen“. So entstand 1951 die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (Montanunion/EGKS). Sie kam den Sicherheitsinteressen Frankreichs entgegen, das so indirekt die deutsche Schwerindustrie überwachen konnte, und war für die Bundesrepublik ein entscheidender Schritt in Richtung Gleichberechtigung. Aus der EGKS erwuchs 1957 die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG). Der mit der Westintegration verbundene wirtschaftliche Aufschwung beeindruckte die Bundesbürger. Eine Diskussion könnte lohnend sein, ob letztlich das „Wirtschaftswunder“ die Westdeutschen von der Demokratie westlicher Prägung überzeugte.

Militärische Westintegration und Wiedervereinigung

Adenauer sah Westintegration und Wiedervereinigung nicht als Ziele an, die einander ausschlossen. Als Nahziel sollten Freiheit und Sicherheit für das westliche Deutschland gewährleistet sein. Doch als Fernziel sollte die Westbindung Möglichkeiten offen halten, wenn der „Kalte Krieg“ zugunsten des Westens entschieden wäre. In einem vereinigten Europa sollte es dann zu einem in Freiheit vereinigten Deutschland kommen. Die Bevölkerung befürwortete Adenauers Pläne: In Umfragen lag der Wunsch nach Sicherheit deutlich vor dem Wunsch nach Einheit, bei der Bundestagswahl 1953 erhielt Adenauers Koalition (CDU/CSU; FDP; Deutsche Partei; Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) 333 von 487 stimmberechtigten Abgeordnetensitzen. 1957 errangen CDU/CSU allein mehr als 50 % der Mandate.

AB 21 Westintegration der Bundesrepublik Deutschland (2)

→ Analyse eines politischen Plakats

Das Plakat zeigt einen bewaffneten Rotarmisten vor dem Kölner Dom. Der Rotarmist steht für die als expansionistisch eingeschätzte Sowjetunion, der Kölner Dom steht für Heimat, darüber hinaus für das christliche Abendland, das vom „gottlosen Bolschewismus“ bedroht wird. In Westdeutschland, wo knapp sieben Millionen Flüchtlinge und Vertriebene leben, sind die Kriegsgreuel von Rotarmisten noch gegenwärtig; die tägliche Berichterstattung über Unterdrückung und Verfolgung im sowjetischen Machtbereich hat ebenfalls eine abschreckende Wirkung. All dies soll den Betrachter zum Schluss führen: Nur eine eigene Bewaffnung kann Sicherheit und Schutz bieten.

AB 22 Ostintegration der DDR (1)

Die AB 22 und 23 stellen die Ausrichtung der DDR auf das sowjetische Modell zwischen 1949 und 1955 dar, die deutsche Kommunisten unter sowjetischer Führung betrieben.

Politische Terrorjustiz

In den Anfangsjahren der DDR waren nicht selten Jugendliche Opfer der terroristischen politischen Strafjustiz. 1951 erging ein Todesurteil gegen einen 18-Jährigen, der bei seiner Festnahme einen Volkspolizisten verletzt hatte. Der Oberschüler hatte zuvor Flugblätter ausgelegt, die die Volkammerwahl 1950 als „Wahlbetrug“ anprangerten. Das Urteil wurde in 15 Jahre Zuchthaus umgewandelt. Ebenfalls 1951 wurden 19 Oberschüler, die eine Widerstandsgruppe gebildet und Flugblätter verteilt hatten, wegen „Boykotthetze“ zu insgesamt 130 Jahren Zuchthaus verurteilt. Flankiert wurde solcher Terror von Urteilen sowjetischer Militärtribunale (SMT), die zwischen 1950 und 1953 zur Hinrichtung von etwa 1.000 DDR-Bürgern führten.

„Aufbau des Sozialismus“

Der „Aufbau des Sozialismus“ war begleitet von einer Straffung der Verwaltung. Die fünf Länder wurden durch 14 Bezirke ersetzt. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit entfiel ersatzlos. Die proklamierte „Verschärfung des Klassenkampfes“ bedeutete z. B., dass Angehörige freier Berufe keine Lebensmittelkarten erhielten und Lebensmittel zu stark überbewerteten Preisen bei der Handelsorganisation (HO) kaufen mussten. Besitzer von Hotels und Erholungsheimen an der Ostsee wurden ihrer Häuser beraubt, die die SED für Erholungsprogramme brauchte.

Die „Jungen Gemeinden“ der evangelischen Kirche wurden bekämpft und diffamiert. Mitglieder mussten vor versammelter Schülerschaft abschwören und wurden der Oberschule verwiesen.

„Neuer Kurs“

Nach Stalins Tod am 5. März 1953 missbilligte die neue Kreml-Führung den Kurs als „unrichtig“, weil zu „hastig“. Sie befürchtete eine Destabilisierung der DDR. Die SED rief daraufhin am 9. Juni 1953 einen „Neuen Kurs“ aus und nahm eine Reihe von Maßnahmen wieder zurück. Nicht annulliert wurde die Normenerhöhung vom Mai 1953 in den verstaatlichten Betrieben um ca. 10%. Dieses Festhalten wurde zum Auslöser für den Volksaufstand vom 17. Juni (siehe AB 24).

AB 23 Ostintegration der DDR (2)

→ Karikaturen-Analyse

Nachdem die deutsche Eiche, der deutsche Staat, 1945 gemeinsam gefällt wurde, werden seine „Sprösslinge“, BRD und DDR, von ihren Schutzmächten wieder aufgepäppelt und in deren Machtbereich integriert. Die Bildgeschichte interpretiert zehn Jahre deutscher Geschichte, ohne dass Deutsche auftauchen. Ging die Entwicklung tatsächlich über ihre Köpfe hinweg oder hatten sie an ihr auch Anteil?

AB 24 Gedenktag 17. Juni 1953. Aufstand in der DDR

Die AB 24 und 25 behandeln die Ereignisse des 17. Juni 1953 sowie deren Bewertung in der DDR wie der BRD und bringen das Datum in einen Zusammenhang mit den Ereignissen rund um die Friedliche Revolution 1989/90.

Quelle A informiert über die Ereignisse am 17. Juni 1953. Die Ursachen müssten ggf. von der Lehrkraft dargestellt werden.

Ursachen

Die SED hatte im Juli 1952 den „Aufbau des Sozialismus“ nach sowjetischem Vorbild beschlossen. Der Staatsaufbau wurde zentralisiert und die „Verschärfung des Klassenkampfes“ ausgerufen: Die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde vorangetrieben und der Druck auf mittelständische Gewerbetreibende verstärkt. Mitglieder der „Jungen Gemeinde“ der evangelischen Kirche wurden von Schulen und Universitäten ver-

wiesen. In stalinistischer Manier wurde die politische Strafjustiz intensiviert. Zulasten der Konsumgüterindustrie wurde der Aufbau der Schwerindustrie forciert, was zu Versorgungsengpässen führte. Viele Menschen reagierten mit Abwanderung: 182.000 verließen 1952 die DDR, im ersten Halbjahr 1953 226.000.

Nach Stalins Tod am 5. März 1953 kritisierte die neue Sowjetführung die Entwicklung in der DDR, sie habe „ernste Unzufriedenheit“ in der Bevölkerung zur Folge. Am 9. Juni 1953 verkündete das SED-Politbüro den „Neuen Kurs“: Repressionsmaßnahmen gegen Bauern*innen und Gewerbetreibende wurden ausgesetzt, Urteile überprüft, Verhaftete entlassen, die Maßregelung der „Jungen Gemeinden“ eingestellt. Keine Zugeständnisse wurden den Arbeitern*innen gemacht: Die Rücknahme der im Mai beschlossenen Normenerhöhung um mindestens 10 % blieb aus.

Verlauf

Um eine Resolution an Ministerpräsident Grotewohl zu beschließen, in der die Aufhebung der Normenerhöhung verlangt wurde, legten am 15. Juni 1953 Bauarbeiter*innen auf der Ostberliner Stalin-Allee die Arbeit nieder. In die aufgeheizte Stimmung platzte am 16. Juni 1953 ein Zeitungsartikel der Gewerkschaftszeitung „Tribüne“, in dem ein Gewerkschaftsführer die Normenerhöhung rechtfertigte. Dies löste einen Protestzug aus, der bis zum Haus der Ministerien auf mehrere Tausend Teilnehmer*innen answoll. Galt anfangs die Losung „Nieder mit den Normen“, erhoben Sprecher*innen nun politische Forderungen: Rücktritt der Regierung, freie und geheime Wahlen. Spontan wurde ein Generalstreik am 17. Juni gefordert. Das Politbüro beschloss nun, die Normenerhöhung zurückzunehmen. Trotzdem griffen am 17. Juni die Arbeitsniederlegungen auf nahezu alle Betriebe in Ostberlin über. Es kam zu gewaltsamen Übergriffen. Der sowjetische Stadtkommandant verkündete den Ausnahmezustand, sowjetische Panzer und „Kasernierte Volkspolizei“ erstickten den Aufstand. In der DDR wurde in etwa 600 Betrieben gestreikt, vor allem in den Industriezentren. Der Organisationsgrad war dort teilweise höher als in Berlin, es entstanden Streikkomitees, die die Macht übernahmen. Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen dauerten bis zum 21. Juni an. Nach Niederschlagung des Aufstandes setzte eine erbarungslose Verfolgung der Oppositionellen ein. Etwa 1.600 Personen wurden zu teilweise hohen Freiheitsstrafen verurteilt.

DDR-Interpretation des 17. Juni

Quelle B ist 1987 in einem DDR-Schulbuch erschienen. Vor der Analyse sollte bewusst gemacht werden, dass jede historische Darstellung Interpretationen und Wertungen beinhaltet. Die sogenannte Agententheorie ist eine von der SED verordnete Erklärung für einen eigentlich unerklärlichen Vorgang: Die „herrschende Klasse“, die Arbeiter, erhebt sich gegen den „Vortrupp der Arbeiterklasse“, die SED.

Die offene Arbeitsaufgabe fordert die Schüler*innen auf, zunächst einen Gesamteindruck zu formulieren. Anschließend sollen Beispiele für die Verzerrungstechniken gefunden werden: Diffamierende Wortwahl oder Behauptungen, die einzelne Tatsachen unverhältnismäßig in den Vordergrund rücken, während andere weggelassen oder heruntergespielt werden.

AB 25 Gedenktag 17. Juni 1953. Juni-Aufstand und Herbst 1989

Die Schüler*innen analysieren die Bitterfelder Forderungen, die mit den Kernaussagen der Demonstranten*innen in der gesamten DDR identisch sind. Am 17. Juni standen politische Forderungen im Zentrum, nachdem die Rücknahme der Normenerhöhung tags zuvor durchgesetzt worden war. Eine der politischen Forderungen war die deutsche Einheit.

Freie Wahlen in der DDR würden diese zwangsläufig zur Folge haben. Die als Übergangslösung zu verstehenden Forderungen 4, 7 und 10 machen dies deutlich.

2 Die Revolten im Vergleich

— Zu Aufgabe 1

Parallelen zu 1989

Nach der Analyse können die Übereinstimmungen mit 1989 herausgearbeitet werden („Rücktritt der Regierung“ / „Führungswechsel“; „Freie Wahlen“).

Das Bekenntnis zur Einheit Deutschlands verband sich 1989 mit dem Wandel der Parole „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“.

— Zu Aufgabe 2

Rolle der Sowjetunion

In einem zweiten Arbeitsschritt kann die Rolle der sowjetischen Truppen 1953 und 1989 beleuchtet werden. Ihr Eingreifen 1953 wird mit einem Bild- und einem Textdokument illustriert. Dem gegenüber steht die Gorbatschow-Äußerung von 1989 im Aufgabenteil, es werde keine Wiederholung von 1953 geben – mit der Niederschlagung der Proteste durch die Sowjetunion sei nicht zu rechnen.

Die Sowjetunion hatte 1953 mit 16 Armeedivisionen den Volksaufstand erstickt. Mindestens 18 Aufständische wurden standrechtlich erschossen. Durch Waffengebrauch sowjetischer Truppen kamen 24 Menschen ums Leben, acht durch den der Volkspolizei. Nach Angaben des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) wurden vier Angehörige der Volkspolizei bzw. Stasi getötet. Andere Untersuchungen sprechen von zehn Toten bei den Sicherheitskräften und insgesamt mindestens 125 Todesopfern.

Fazit

Das Fehlen zentraler Führung gilt als entscheidende Schwäche des Aufstands vom 17. Juni 1953. Zwar stimmten die wichtigsten politischen Ziele allerorts überein, aber es fehlten Pläne für ein organisiertes Vorgehen. Für die Zeitzeugen in der DDR wurde die Niederschlagung des Aufstands durch sowjetische Truppen zum Beweis dafür, dass kollektiver Widerstand gegen das SED-Regime sinnlos und Unterstützung aus dem Westen nicht zu erwarten sei. 35 Jahre später war eine neue Generation herangewachsen, der in einer veränderten politischen Gesamtsituation gelang, was 1953 misslungen war.

AB 26 Bau der Berliner Mauer

AB 26 thematisiert die weltpolitischen Hintergründe des Mauerbaus. Dieser signalisierte, dass USA und UdSSR 1961 entschlossen waren, ihre Besitzstände in Deutschland zu respektieren.

Indem sie die Teilung Deutschlands zementierten, beseitigten die Großmächte einen Konfliktherd, von dem beide Seiten nicht wollten, dass er zu einem Krieg führe. Die UdSSR respektierte, dass NATO-Truppen in Berlin und damit mitten in der DDR standen. Chruschtschow verzichtete auf die Kontrolle des Luftverkehrs, und nahm mit dem Mauerbau in Kauf, als Verlierer dazustehen.

Die USA reduzierten ihre Interessen auf die berühmt gewordenen „Three essentials“: Der neue US-Präsident Kennedy erklärte damit seine Entschlossenheit, West-Berlin zu verteidigen, notfalls atomar. Unabdingbar seien dabei 1. die Anwesenheit westlicher Truppen; 2. der freie Zugang von und nach Berlin; 3. die Freiheit und Lebensfähigkeit der Stadt.

Zweite Berlin-Krise

Die zweite von den Sowjets initiierte Berlin-Krise hatte wie die erste (Berlin-Blockade 1948/49) das Ziel, die Westmächte aus Berlin zu vertreiben. Seit Ende 1958 startete Partei- und Staatschef Chruschtschow dazu eine Reihe von Aktionen: Die Westmächte sollten auf ihre Rechte in Berlin verzichten und Westberlin sollte eine entmilitarisierte „Freie Stadt“ werden, sonst würden die Kontrollrechte im Berlin-Verkehr an die DDR übergeben. Im Juni 1961 erneuerte er gegenüber Kennedy seine Drohungen.

Dieser antwortete am 25. Juli 1961 mit einer Ansprache an die amerikanische Nation: Er verkündete die „Three essentials“, neue Rüstungsausgaben und die Entsendung zusätzlicher Truppen nach Europa. Als Führungsmacht der NATO durften die USA keine Zweifel über ihre Standfestigkeit gegenüber sowjetischen Drohungen aufkommen lassen.

Berlin-Status

Seit 1944/45 bestanden Vereinbarungen der Siegermächte, Deutschland in vier Besatzungszonen und Berlin in vier Sektoren aufzuteilen. Im Mai/Juni 1945 rückten die Westalliierten in ihre Sektoren in Berlin ein. Die gemeinsame alliierte Regierung von Berlin endete 1948 durch Auszug des sowjetischen Vertreters aus der Alliierten Kommandantur, die anschließend nur noch Macht in den drei Westsektoren ausübte. Wichtig für den Luftverkehr war, dass die von allen vier Alliierten besetzte Luftsicherheitszentrale in Berlin weiterhin intakt blieb.

Hintergrund-Recherche und Einschätzung

— Zu Aufgabe 1

2.686.942 Personen

— Zu Aufgabe 2

Das Zitat stammt von Sven Felix Kellerhoff. Richtig ist, dass die Rede den Sowjets zwar ihre Grenzen, aber auch ihre Möglichkeiten klar machte. Sie durften den Luftverkehr nicht antasten, die Freiheitsgarantie der USA beschränkte sich aber auf Westberlin. Der Bau einer Mauer in Ostberlin war somit risikolos.

— Zu Aufgabe 3

Die Mauer zeigte aller Welt, dass die DDR die Menschen nicht überzeugen, sondern nur mit Gewalt an der Ausreise hindern konnte.

— Zu Aufgabe 4

Ratlosigkeit herrschte möglicherweise über die Frage, ob das sowjetische Vorgehen tatenlos hingenommen werden sollte, Erleichterung, weil eine kriegerische Auseinandersetzung abgewendet war.

AB 27 Maueropfer

Ziel von AB 27 ist, anhand der Mauerschützen-Prozesse zu zeigen, dass es „gesetzliches Unrecht“ gibt. Es darf nach Meinung der obersten deutschen Gerichte nicht befolgt werden und ist kein Rechtfertigungsgrund für eigene Taten.

— *Quelle:* Die dargestellten Argumente entstammen den Prozessberichten in: Roman Grafe, Deutsche Gerechtigkeit. Prozesse gegen Mauerschützen und ihre Befehlsgeber, München 2004.

Radbruch'sche Formel

Bundesgerichtshof und Bundesverfassungsgericht folgten in Revisionsurteilen der sog. „Radbruch'schen Formel“. Danach kann nationales Recht eklatante Menschenrechtsverletzungen nicht rechtfertigen („Schwerstes Unrecht kann kein Recht sein“). Angesichts der Tatsache, dass schwerstes NS-Unrecht gesetzlich legitimiert war, hatte der Rechtsphilosoph Gustav Radbruch (1878–1949) nach 1945 dargelegt, dass es Gesetze mit einem solchen Maß von „Ungerechtigkeit und Gemeenschädlichkeit“ geben könne, dass ihnen die Geltung abgesprochen werden müsse. „Es gibt Rechtsgrundsätze, die stärker sind als jede rechtliche Satzung. (...) Man nennt diese Grundsätze das Naturrecht oder das Vernunftrecht.“ Sie hätten sich als „Arbeit der Jahrhunderte“ in den Erklärungen der Menschen- und Bürgerrechte herausgebildet.

Dem folgend urteilte der Bundesgerichtshof 1995: „Ein Rechtfertigungsgrund, der einer Durchsetzung des Verbots, die DDR zu verlassen, Vorrang vor dem Lebensrecht von Menschen gab (...) ist wegen offensichtlichen, unerträglichen Verstoßes gegen elementare Gebote der

Gerechtigkeit und gegen völkerrechtlich geschützte Menschenrechte unwirksam. (...) [I]n einem solchen Fall muss das positive Recht der Gerechtigkeit weichen.“

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verwies darauf, dass auch Verfassung und Gesetzgebung der DDR – zumindest dem Wortlaut nach – das Menschenleben schützten. Die Praxis verstieß außerdem gegen internationale Verpflichtungen, denn im 1974 von der DDR ratifizierten „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ stand: „Jeder Mensch hat ein angeborenes Recht auf Leben. (...) Niemand darf willkürlich seines Lebens beraubt werden“ (Art. 6) und: „Jedermann steht es frei, jedes Land einschließlich seines eigenen zu verlassen“ (Art. 12).

Die Urteile in den Mauerschützenprozessen waren milde und überwiegend zur Bewährung ausgesetzt, sodass eher von „symbolischem Strafrecht“ gesprochen werden kann.

Gab es einen Schießbefehl?

Die verurteilten DDR-Obersten behaupten, es habe keinen Schießbefehl gegeben. Tatsächlich gab es keinen Befehl, in jedem Fall zu schießen. Wer einen Flüchtling an der Flucht gehindert hatte, war nicht verpflichtet, ihn zu erschießen. Aber der Schusswaffengebrauch war erlaubt, wurde gefordert und belobigt.

Anklage und Verteidigung

— Zu Aufgabe 1

Der Bundesgerichtshof, das Bundesverfassungsgericht und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stimmten für Verurteilung.

— Zu Aufgabe 2

Auch Desertion konnte eine Form sein, sich Unrechtshandlungen zu entziehen.

AB 28 „Wandel durch Annäherung“ – Grundlagenvertrag

AB 28 setzt sich mit dem national wie global veränderten Politikstil auseinander, vor dessen Hintergrund die „Neue Ostpolitik“ stattfand.

Neue Ostpolitik

Die neue Ostpolitik passt sich ein in die von USA und UdSSR betriebene Entspannungspolitik (1968: Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen; 1969: Beginn von Gesprächen über die Begrenzung strategischer Rüstung/SALT; 1971: Viermächteabkommen über den Status von Berlin).

„Wandel durch Annäherung“

Die Formel „Wandel durch Annäherung“ prägte Egon Bahr 1963: „Jede Politik zum direkten Sturz des Regimes drüben (ist) aussichtslos. (...) Die Zone muss mit Zustimmung der Sowjets transformiert werden.“ Eine neue Deutschlandpolitik müsse darin bestehen, den Status quo anzuerkennen, um ihn dann schrittweise und im Kontakt mit dem DDR-Regime zu verändern. „Die Voraussetzungen zur Wiedervereinigung sind nur mit der Sowjetunion zu schaffen. Sie sind nicht in Ost-Berlin zu bekommen, nicht gegen die Sowjetunion, nicht ohne sie.“

— *Quelle:* Deutschland-Archiv 1973, S. 862–865.

Bahr hatte beim Mauerbau erlebt, dass die „Politik der Stärke“ nicht zu Veränderungen führte. Als Willy Brandt 1966 Außenminister der Großen Koalition wurde, machte er Bahr zum Chef seines Planungsstabs. Hier wurde das Programm entwickelt, das Brandt ab 1969 als Kanzler umsetzte. Brandt machte den Anfang seiner neuen Politik mit der Sowjetunion. Erst wenn Moskau bestimmten Positionen zustimmte, würden es auch Warschau und Ostberlin tun. Moskauer, Warschauer und Grundlagenvertrag waren Voraussetzung für die 1972 beginnenden Verhandlungen der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“

(KSZE). Die 1975 unterzeichnete Schlussakte bestätigte den europäischen Status quo, formulierte zugleich aber auch Menschenrechte und Grundfreiheiten, auf die sich Dissidenten in den Ostblock-Staaten berufen sollten.

Brief zur deutschen Einheit

Die Entgegennahme durch die Sowjetunion bedeutete, dass die Bundesregierung nicht vertragswidrig handelte, wenn sie am in der Präambel des GG verankerten Wiedervereinigungsgebot festhielt. Nachdem es gelungen war, die Annahme des Briefs in Moskau durchzusetzen, musste auch die DDR ihn bei Abschluss des Grundlagenvertrages zähneknirschend akzeptieren.

Einschätzung der Interessenlagen

— Zu Aufgabe 1

„Unverletzlich“ lässt eine „friedliche Veränderung“ zu, was ja Ziel der neuen Ostpolitik war.

— Zu Aufgabe 2

Brandt sah in dem Jubel für ihn ein Bekenntnis zur Einheit der Nation, die DDR-Führung sah ihren Abgrenzungskurs delegitimiert.

— Zu Aufgabe 3

Winzer befürchtete die Unterlegenheit der DDR gegenüber der Doppelstrategie der Bundesrepublik. Diese erkannte den Status quo und die DDR-Führung als Gesprächspartnerin an. Zugleich hielt sie aber an der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands fest, was die Auflösung der DDR nach sich ziehen würde.

AB 29 Zielkonflikte in der Deutschlandpolitik

AB 29 stellt dar, mit welchen unterschiedlichen Absichten Bundesrepublik und DDR den Grundlagenvertrag unterzeichneten und welche Folgen er hatte.

„Einheit der Nation“

Der Grundlagenvertrag hält fest, dass die Vertragspartnerinnen unter anderem „zur nationalen Frage“ unterschiedliche Auffassungen haben. Während die Bundesrepublik am Fortbestand der deutschen Nation festhielt, bestritt die DDR die nationale Gemeinsamkeit.

Das „deutsche Volk“ verschwand aus der DDR-Verfassung von 1974; vom „Volk der DDR“, war künftig die Rede. Die DDR wurde zur Vollstreckerin der deutschen Geschichte erklärt, die ihre „besten Traditionen“ verkörpere. So wurden unter anderem Luther, Friedrich der Große oder Bismarck nun Teil des DDR-Geschichtsbildes.

Wenn es wirtschaftliche Vorteile brachte, ließ die DDR die „Eigenständigkeit“ außer Acht, der Handel zwischen West- und Ostdeutschland hieß weiterhin „innerdeutscher“ Handel. Das sparte Zölle und Devisen und via Bundesrepublik wurde die DDR stille Nutznießerin der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Ständige Vertretung

Mit dem Grundlagenvertrag wurde die „Hallstein-Doktrin“ hinfällig, mit der die Bundesrepublik die DDR außenpolitisch isoliert hatte. Allerdings erklärte Willy Brandt bereits 1969: „Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen. Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein.“

— Quelle: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen: Texte zur Deutschlandpolitik. Bd. IV, Bonn 1970, S. 12

Perfektionierung der Grenzanlagen

Im Internet finden Schüler Darstellungen der „Grenzanlagen der DDR“. Sie verdeutlichen, wie tief gestaffelt zahlreiche Sperrn vor der Mauer bzw. dem Grenzzaun installiert waren: Sperrgräben, Kontrollstreifen, Kolonnenwege, Lichttrassen, Beobachtungstürme, Höckersperrn, Signalgelände etc. Sie sollten Fluchtversuche schon im Hinterland vereiteln.

DDR-Forschungsaufgaben

— Zu Aufgabe 1

Hier bietet sich die Möglichkeit, mit den Schülern die aus heutiger Sicht zum Teil bizarr anmutende DDR-Wirklichkeit zu diskutieren.

Zum Beispiel

- ...die Einreise mit Zwangsumtausch
- ...die Ausreise mit Hochklappen der Sitzbank im Auto und Spiegelung seiner Unterfläche
- ... die D-Mark als Zweitwährung, die Besucher mitbringen und verschenken durften. Sie war begehrt, weil in Intershop-Läden damit "Westwaren" eingekauft werden konnten und Handwerker für sie prompt arbeiteten. Die Schüler können auch darüber diskutieren, welche Bilder und Eindrücke DDR-Bürger von der BRD hatten.

Die Schüler können auch darüber diskutieren, welche Bilder und Eindrücke DDR-Bürger von der BRD hatten.

— Zu Aufgabe 2

Das „Grüne Band Deutschland“ ist ein Naturschutzprojekt entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Es soll die dort unberührte Natur erhalten, die sich in manchen Teilen zum Rückzugsgebiet seltener Tiere und Pflanzen entwickelt hat.

— Zu Aufgabe 3

Verspottet wird die Parole vom „sterbenden Kapitalismus“.

Die Oma widerspricht dem, was in der Schule gelehrt wurde, ironisch: Wenn das, was sie im Westen gesehen hat, ein Sterbeprozess sein soll, dann kann sie diesen Tod nur „schön“ nennen.

AB 30 Honecker in Bonn – 7. September 1987

AB 30 beleuchtet unter nationalem Blickwinkel, wie sich die „deutsche Frage“ den Zeitgenossen 1987 darstellte.

Honecker-Besuch und die Ostpolitik Willy Brandts

Die Einladung zu einem Besuch Honeckers in Bonn hatte Bundeskanzler Schmidt 1981 ausgesprochen. Helmut Kohl erneuerte die Einladung und signalisierte damit, dass er gewillt war, die bisherige Politik gegenüber der DDR fortzusetzen. In seiner Tischrede folgte er der Brandtschen Formel „Kooperation statt Konfrontation“:

„Konzentrieren wir uns (...) auf das Machbare, und bleiben wir uns auch einig, die zur Zeit unlösbaren Fragen nicht in den Vordergrund zu stellen.“

Die „deutsche Frage“: Zustandsbeschreibung

— Zu Aufgabe 1

Für die DDR fehlen vergleichbare Meinungsbilder. Zur Unterrichtung der Parteiführung existierte von 1966 bis 1979 ein „Institut für Meinungsforschung beim Zentralkomitee der SED“. Die Ergebnisse seiner Erhebungen blieben geheim. Von 1966 bis 1989 existierte das „Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung“, das Meinungen Jugendlicher erhob.

— Quelle: Die Meinungsbilder zur deutschen Frage sind einem Aufsatz von Silke Jansen entnommen (in Deutschland Archiv 10/1989, S. 1132–1143). Sie basieren auf ihrer Dissertation, in der sie in einem Längsschnitt Ergebnisse führender westdeutscher Meinungsforschungsinstitute ausgewertet hat.

Bei der Interpretation der Diagramme fällt die Konstanz beim Wunsch nach Wiedervereinigung auf, die Kohls Aussage („Sehnsucht“) stützt. Dies ist erstaunlich, da 1987 nur noch eine Minderheit ein vereintes Deutschland aus eigenem Erleben kannte. Trotzdem nahmen über zwei Drittel die DDR nicht als Ausland wahr. Zum Wunsch nach Wiedervereinigung kontrastiert die Einschätzung von 99 % der Befragten, dass es in absehbarer Zeit nicht zur Wiedervereinigung komme.

Es ließe sich eine Diskussion über das Zitat des Historikers Josef Foscaphoth anschließen, zur Zweistaatlichkeit gebe es keine Alternative. Es ließe sich herausarbeiten, dass ihm die Bevölkerungsmeinung in der Einschätzung der damaligen Situation folgte, allerdings den Wunsch nach Wiedervereinigung nicht aufgeben mochte.

— Zu Aufgabe 2

Zehn Millionen innerdeutsche Reisen 1987 können als Erfolg der Entspannungspolitik und als Beweis für die „Einheit der Nation“ gewertet werden. Deren Erhalt war bekanntlich Ziel der Ostpolitik Brandts gewesen, der seine Nachfolger Schmidt und Kohl folgten. Die Zahlen zeigen, dass ein höherer Anteil von DDR-Bürgern nach Westdeutschland reiste als Westdeutsche in die DDR. Dazu mag der Zwangsumtausch von 25 DM pro Person und Aufenthaltstag beigetragen haben. Die Bundesrepublik Deutschland förderte Besuche, indem sie 100 DM „Begrüßungsgeld“ pro Jahr an Reisende aus der DDR zahlte. In den Reisezahlen spiegelt sich die Anziehungskraft der Bundesrepublik Deutschland wider, an der sich die DDR von ihren Bürgern messen lassen musste.

AB 31 Die „deutsche Frage“ Ende der 80er Jahre

AB 31 rückt die internationalen Aspekte der „deutschen Frage“ um 1987/88 in den Fokus.

Deutsche Zweistaatlichkeit in europäischer Perspektive

Angesichts der Rolle des Deutschen Reiches von 1933 bis 1945 war die Idee eines vereinigten Deutschlands seinen Nachbarn wenig sympathisch. Viele Staatschefs konnten der deutschen Zweistaatlichkeit etwas abgewinnen und erkannten die DDR als Staat entsprechend an. So absolvierte Honecker 1985 einen Staatsbesuch in Italien und 1988 in Frankreich.

Politische und moralische Einschätzung

— Zu Aufgabe 1

Um des europäischen Friedens willen, so Bahr, müsse das Ziel der Wiedervereinigung ad acta gelegt werden. „Soweit wir nach vorn sehen können“, werde es zwei Staaten geben. Von dieser Tatsache gingen alle in Europa aus, und dieser Realität müssten sich die Deutschen beugen.

Der Unterschied zu Kohl lag darin, dass dieser die deutsche Frage „weiter offen“ halten wollte. Er fügte einschränkend hinzu, sie stehe „zur Zeit“ nicht auf der Tagesordnung der Weltgeschichte.

Die Aussagen könnten in Beziehung gesetzt werden zu den demoskopischen Daten auf AB 30, wobei deutlich wird, dass die Position Bahrs 1987/88 als die realistischere erschien. Er hatte in seiner Rede in Tutzing 1963 für eine Politik ohne Illusionen geworben, „denn sonst müssten wir auf Wunder warten, und das ist keine Politik“.

— Zu Aufgabe 2

Als Antwort könnte das Sprichwort angeboten werden: „Wer mit dem Teufel isst, muss einen langen Löffel haben.“ Im Umgang mit dem Bösen, gilt es, Abstand zu wahren, um nicht selbst Teil des Bösen zu werden.

Die Schüler könnten konkret die Problematik des Häftlingsfreikaufs diskutieren. Die Bundesregierung erwirkte von 1962 bis 1989 gegen Zahlung von DM die Freilassung von 33.000 politischen Häftlingen. Sie hatten von ihrer Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht, eine Flucht in den Westen vorbereitet oder wollten Ausreiseanträge nicht zurücknehmen.

Der Preis pro Häftling stieg von 40.000 DM sehr schnell auf 100.000 DM, was Milliardenbeträge in die Kasse der unter Devisenmangel leidenden DDR spülte und zu ihrer Stabilisierung beitrug. Die SED-Diktatur profitierte von ihrer Unrechtsjustiz, denn möglichst viele neue politische Häftlinge erhöhten die Staatseinnahmen.

Zur Diskussion: Wer handelt richtig? Derjenige, der sich aus Prinzipientreue weigert, mit einer Diktatur zu verhandeln und ihr für die Verfolgung Andersdenkender Geld zu bezahlen? Oder derjenige, dem es in erster Linie darum geht, unschuldige Menschen aus schwersten Haftbedingungen zu befreien – mit welchen Mitteln auch immer?

AB 32 Herbst '89 – Aufstand in der DDR

Die AB 32 und 33 verdeutlichen, wogegen die DDR-Bürger nach 40 Jahren Diktatur aufbegehrt und dass die Revolution 1989 ihrem engagierten Handeln zu verdanken ist.

Die Entwicklung der DDR unter Honecker (1971–88)

Der 1971 als SED-Chef ins Amt gekommene Erich Honecker versuchte, sich von seinem Vorgänger Ulbricht durch die sogenannte „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ abzuheben. Sie brachte Investitionen in den Wohnungsbau, eine Steigerung der Löhne und Renten und eine bessere Versorgung mit Konsumgütern. Dies bedeutete hohe Subventionen für Grundnahrungsmittel, Mieten und Sozialleistungen, so dass sich die DDR vor allem im westlichen Ausland verschuldete. Der Schuldendienst fraß die Mittel für Investitionen weitgehend auf. Die Diskrepanz zwischen Versprechungen und Veränderungen, die geringe wirtschaftliche Produktivität und die zunehmenden Versorgungsengpässe führten zu einer wirtschaftlich-finanziellen Strukturkrise und zum drohenden Staatsbankrott. Der Raubbau an der Umwelt war eine Nebenwirkung dieser Krise.

Der „real existierende“ Sozialismus musste sich mit systemimmanenter Kritik auseinandersetzen. Nach dem Abbruch eines liberalen Kurses und der Ausweisung Wolf Biermanns 1976 zog es die kritische Intelligenz massenweise in den Westen; bei „Normalbürgern“ hatten Ausreiseanträge erst ab 1984 Aussicht auf Erfolg. Danach nahm ihre Zahl jährlich zu. Der Kreis der Systemkritiker blieb zahlenmäßig klein (laut Stasi inkl. Sympathisanten max. 6000 Personen). Als Hort des Protests erwies sich die Kirche: Sie war als Institution überall vorhanden und verfügte mit Kirchenbauten über Versammlungsorte.

Der Apparat der Staatssicherheit wurde in den 80er-Jahren immer weiter ausgebaut, um die Bevölkerung zu überwachen und Protest im Keim zu ersticken. Am Ende stand 50 Einwohnern ein inoffizieller Mitarbeiter (IM) gegenüber. Trotz funktionierender Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik auf vielen Feldern (Besuche, Austausch, Wirtschaftsverträge, Kredite) schwenkte die DDR nicht auf den Reformkurs Gorbatschows ein und versuchte eine Öffnung bis zum Schluss zu verhindern.

— *Quelle:* Bis hierhin nach: Stefan Woll, Die heile Welt der Diktatur, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Nr. 349, 2. Auflage, Bonn 1999 (vergriffen)

Die DDR im Jahr 1989

Nach der Fälschung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 demonstrierten oppositionelle Gruppen regelmäßig gegen den Wahlbetrug. Ab 4. September fanden in Leipzig die ersten Montagsdemonstrationen statt, die vielerorts Nachahmer fanden. Seit Ungarn Anfang Mai begonnen hatte, seine Grenzbefestigungen abzubauen, versuchten DDR-Bürger von dort nach Österreich zu fliehen. Als Ungarn am 11. September die Grenze offiziell für DDR-Bürger öffnete, verließen Tausende das Land. Zugleich harteten in Prag, Budapest und Warschau DDR-Bürger in Botschaften der Bundesrepublik aus. Zunehmend unter Druck, stimmte die DDR-Führung Ende September ihrer Ausreise zu. Öffentlich führte die massenhafte Abkehr der Bürger von ihrem Staat zu einem bedrohlichen Autoritätsverlust der DDR-Führung. Beim 40. Jahrestag der DDR am 6./7. Oktober gingen die Sicherheitskräfte massiv

gegen Demonstranten vor. Eine Wende brachte am 9. Oktober die Montagsdemonstration in Leipzig mit etwa 70.000 Teilnehmern. Die Staatsmacht setzte ihre Sicherheitskräfte nicht ein. In den Augen vieler Bürger hatte die DDR-Führung ihre Autorität nun vollends verloren; die Proteste und Demonstrationen nahmen im ganzen Land zu. Diese „Bewegung von unten“ wurde von Gruppen wie dem „Neuen Forum“ unterstützt, die sich seit September organisiert hatten.

Die Zugeständnisse der DDR-Führung wirkten hilflos: Honecker wurde zum Rücktritt gedrängt, inhaftierte „Republikflüchtige“ amnestiert, und bei der Großdemonstration auf dem Alexanderplatz am 4. November durften Regimekritiker offen sprechen. Am 7. November trat die Regierung zurück und am 8. November das Politbüro. Auf einer Pressekonferenz am 9. November kündigte das Mitglied des Politbüros Schabowski versehentlich die sofortige Öffnung der Grenzen an. Dem folgenden Ansturm waren die DDR-Grenzposten nicht gewachsen. Dem „Fall der Mauer“ folgte bald der Zusammenbruch des politischen Systems.

— Quelle: Dieter Grupp, Harald Schneider und Hans Woidt, TB Nr. 79

2 DDR – Quiz

- | | |
|------------------|-------------------------------|
| 1. 120 Mark (b) | 4. Etwa 100 (b) |
| 2. 13 Jahre (c) | 5. Jeder 50. (b) |
| 3. 0 Prozent (a) | 6. Einen Kredit abkündern (c) |

3 Oktober '89: Zusammenstoß mit der Volkspolizei

Die Sprechblasen können reichen von „Aufbegehren“ und „Wut“ auf Seiten der Demonstranten bis zur „Verteidigung des Systems“ und „Empörung“ über die Demonstranten auf Seiten der Volkspolizei.

AB 33 Die Ereignisse in Bildern und Texten

— Zu Aufgabe 1

Lösungswort: FRIEDLICHE REVOLUTION

AB 34 Meilensteine auf dem Weg zur Einheit

Die AB 34, 35 und 36 zeigen, welche Hürden auf dem Weg zur Wiedervereinigung 1990 zu nehmen waren und dass diese keinesfalls zwangsläufig war.

Weichenstellungen

Die Reformpolitik Gorbatschows seit 1985 erschütterte die Grundlagen der Herrschaft der Sowjetunion im Ostblock. Von der Sowjetunion gingen weitere entscheidende Weichenstellungen aus. Eine wichtige Rolle spielte Bundeskanzler Helmut Kohl, der schon am 28. November 1989 mit seinem Zehn-Punkte-Plan die Deutsche Einheit in Form einer Konföderation wieder auf die Tagesordnung der Politik gesetzt hatte. Unterstützt wurde er von US-Präsident George Bush senior.

Eine weitere bedeutsame Weichenstellung war die erste freie Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990, die ein klares Votum für die Vereinigung mit der Bundesrepublik und die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zum 1. Juli 1990 ergaben.

Dazu kam der 2+4-Vertrag der beiden deutschen Staaten mit den alliierten Siegermächten vom 12. September 1990. Darin erhielt Deutschland die volle Souveränität zurück.

Unvorhersehbare Faktoren

Am 3. Oktober 1990 wurde die Einheit Deutschlands durch den Beitritt fünf neuer Bundesländer zum Geltungsbereich des Grundgesetzes formal besiegelt. Was im Nachhinein wie eine zwangsläufige Abfolge von Schritten zur Deutschen Einheit erscheinen mag, war in Wirklichkeit durch viele unvorhersehbare Faktoren bestimmt:

Die Montagsdemonstrationen in Leipzig erreichten am 9. Oktober 1989 ihren vorläufigen Höhepunkt. Das DDR-Regime wich vor fast 70.000 Demonstranten zurück, die Zugeständnisse (Rücktritt Honeckers und später des gesamten Politbüros) entschärfte die Situation nicht. Am 4. November demonstrierten Hunderttausende in Berlin für eine demokratische DDR. Am 9. November erzwangen die Massen gewaltlos die Öffnung der Mauer. Die SED akzeptierte Anfang Dezember die neuen Machtverhältnisse und verzichtete auf ihren Führungsanspruch.

An der Spitze der „Friedlichen Revolution“ standen viele Bürgerrechtler, deren Ziel eine reformierte DDR war. Der Ruf nach Einheit wurde nach dem Mauerfall immer lauter, es kam zur „Wende in der Wende“, aus „Wir sind das Volk“ wurde „Wir sind ein Volk“. Immer mehr DDR-Bürger verließen ihr Land Richtung Bundesrepublik und stellten die Existenz einer eigenständigen DDR in Frage.

Mit seinem Zehn-Punkte-Plan erinnerte Bundeskanzler Kohl am 28. November 1989 im Bundestag an die Wiedervereinigung als wichtiges Ziel deutscher Politik. Sein Vorgehen traf im In- und Ausland nicht auf ungeteilte Zustimmung. Gorbatschow äußerte sein Missfallen, revidierte dies aber. Auch Frankreich und vor allem Großbritannien hatten Bedenken. Erst im Februar 1990 war Gorbatschow bereit, einer Vereinigung beider Staaten zuzustimmen. Im Juli 1990 gab die Sowjetunion nach langem Ringen ihren Widerstand gegen die Bündnisfreiheit eines vereinten Deutschlands auf. Erst der 2+4-Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten und den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs machte den Weg für ein souveränes vereintes Deutschland frei.

Die Deutsche Einheit wäre ohne die Zustimmung Gorbatschows nicht möglich gewesen. Das gute Einvernehmen zwischen ihm und Kohl spielte bei den Verhandlungen eine große Rolle. In der Sowjetunion war Gorbatschows Deutschlandpolitik höchst umstritten. Hardliner plädierten für ein hartes Durchgreifen und empfanden Gorbatschows Politik als Verrat am Land und am kommunistischen System. Der Putschversuch gegen Gorbatschow im Sommer 1991 zeigt, wie labil dessen Position während des Vereinigungsprozesses war.

Die internationalen Aspekte

Die Bundesrepublik erwies sich seit vier Jahrzehnten als demokratischer Rechtsstaat und verlässliche Bündnispartnerin, aber die Nachbarn fragten sich, ob ein vereinigtes Deutschland – schon auf Grund seiner Größe und Wirtschaftskraft – nicht ein Risiko für Sicherheit und Stabilität in Europa darstellen würde. Bei den 2+4-Verhandlungen ging es um die Rechte der Alliierten, wie sie im Potsdamer Abkommen für „Deutschland als Ganzes“ festgeschrieben worden waren und um die Bündniszugehörigkeit Deutschlands. Die Westmächte forderten, dass das vereinigte Deutschland Mitglied der NATO bleiben müsse, was die Ausweitung des Bündnisses bis an die deutsch-polnische Grenze bedeutete – für die Sowjetunion ein empfindlicher Punkt. Noch fehlte die Zustimmung Moskaus. Im Mai gewährte die Bundesrepublik der UdSSR einen Kredit über fünf Milliarden DM, und auch in den folgenden Monaten machte sich Bundeskanzler Kohl für die finanzielle Stützung der wirtschaftlich strauchelnden Sowjetunion stark. Mitte Juli akzeptierte Gorbatschow während eines Besuchs Kohls die Bündnisfreiheit des vereinigten Deutschlands. Bonn verpflichtete sich zu einem Verzicht auf ABC-Waffen und zu einer Truppenreduzierung. Keine Truppen anderer NATO-Staaten sollten zudem in das Gebiet der DDR verlegt werden. Die Oder-Neiße-Grenze wurde endgültig akzeptiert und die Ergebnisse der Bodenreform von 1945 festgeschrieben. Bis 1994 sollte die Rote Armee aus Deutschland abziehen, zur Deckung der Kosten überwies Bonn 15 Milliarden DM. Der 2+4-Vertrag wurde am 12. September in Moskau von den Außenministern der vier ehemaligen alliierten Siegermächte und der beiden deutschen Staaten unterschrieben. Zum 1. November setzten die Besatzungsmächte ihre Rechte auf deutschem Boden außer Kraft.

AB 35 Hätte es auch anders kommen können?

AB 36 Der Weg zur Einheit

— AB 35: Hinweise zu den Karikaturen

K1 Es sind vier „Deutsche Michel“ dargestellt. Je zwei tragen über die Spaltung in Bundesrepublik und DDR hinweg ein Transparent. Das eine Paar warnt vor „Großdeutschland“ („Kein 4. Reich“), das andere plädiert für „Einig Vaterland“. Dieser Spruch war der Vorläufer von „Wir sind EIN Volk“.

K6 Das Zehn-Punkte-Programm Kohls vom November 1989 enthielt noch eine in Etappen vorzunehmende Zusammenarbeit (konföderative Strukturen) zweier deutscher Staaten. Wo es lang gehen sollte, war noch ungewiss.

K4 Die Volkskammerwahl am 18. März 1990 stand unter dem Einfluss westlicher Politiker. Die Westparteien hatten 7,5 Millionen DM in den Wahlkampf investiert (davon 4,5 Mio. die CDU/CSU). Dargestellt sind Lafontaine (SPD), Lambsdorff (FDP) und Kohl (CDU). Hinter dem Fass lugen ein Marsmännchen und eine Figur mit Hitlerbärtchen hervor.

K2 Um die Währungsunion, die Umtauschsätze, Umwandlung von Vermögen etc. wurde heftig gestritten. In der Karikatur zögert die Familie, den Koffer für die Ausreise zu packen, als sie die Nachrichten von den Vorschlägen zur Währungsunion vernimmt.

K3 Kohl kommt mit einer Schubkarre voll DM zu Gorbatschow, um die abbruchgefährdete Statue „Perestroika“, die sein politisches Programm darstellt (Wandel), zu reparieren. Kohls Häuschen „Deutsche Interessen“ ist klein, aber fein und gepflegt.

K5 Helmut Kohl fährt Slalom um die Interessen der Alliierten, der europäischen Nachbarn und der Nato (dargestellt durch die Köpfe der Staatsoberhäupter und den Nato-Stern) herum mit dem Ziel der „Einheit“.

— AB 36: Hinweise zu den Bildern

F4 15.11.1989 Wende in der Wende: Aus der Friedlichen Revolution heraus entstand in ganz Deutschland das Verlangen nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

F6 28.11.1989 Zehn-Punkte-Programm Kohls: Die Politik von Bundeskanzler Kohl hat das Verlangen nach Einheit aufgegriffen und innen- und außenpolitisch vorangetrieben.

F3 18.03.1990 Bei der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 in der DDR hat sich eine klare Mehrheit für eine rasche staatliche Vereinigung mit der Bundesrepublik ausgesprochen.

F5 01.07.1990 Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion war eine Vorwegnahme der Deutschen Einheit und wurde in der DDR begeistert aufgenommen.

F1 15.07.1990 Treffen Kohl-Gorbatschow: Entscheidend für die Verwirklichung der Deutschen Einheit war die Schwäche der Sowjetunion und die Politik Michail Gorbatschows, der die für die Deutsche Einheit wichtigsten Weichen gestellt hat.

F2 12.09.1990 2+4-Vertrag: Ohne die Zustimmung der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs wäre die Deutsche Einheit nicht möglich gewesen.